



LIPortal

Das Länder-Informations-Portal

Ruanda

Die Bilder der Gräueltaten, die Hutu-Milizen im April 1994 unter der Tutsi-Minderheit anrichteten, gingen um die Welt. Heute gilt Ruanda als vorbildlich in der wirtschaftlichen Modernisierung. Trotz des Aufschwungs wird das Land weiterhin mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Die Ernährung der Bevölkerung bleibt die größte Herausforderung in Afrikas dichtest bevölkertem Land, wo über 75 % der rund 12 Mio. Einwohner vom Ackerbau auf Steilhängen im „Land der tausend Hügel“ leben.

- Landesübersicht & Naturraum
- Geschichte & Staat
- Wirtschaft & Entwicklung
- Gesellschaft & Kultur
- Alltag & Praktische Informationen

Das Länderinformationsportal



Das Länderinformationsportal

Die Beiträge im Länderinformationsportal (LIPortal) wurden bis Dezember 2020 von ausgewiesenen Landesexpertinnen und Landesexperten betreut, um eine Einführung in eines von ca. 80 verschiedenen Ländern zu geben. Das LIPortal bot damit eine Orientierung zu Länderinformationen im WorldWideWeb - viele Verweise sind auch weiterhin aktuell.

Der Autor

Jacques Nshimyumukiza

ist Architekt und in seinem Fachgebiet, Umwelt- und Raumplanung, als Consultant tätig. Nebenberuflich organisiert und leitet er vereinzelte Projekt- und Studienreisen nach Ruanda, hauptsächlich im Rahmen der langjährigen Länderpartnerschaft zwischen Ruanda und dem Bundesland Rheinland-Pfalz. Seit 2002 ist er als Landestrainer für Ruanda und Burundi bei der Akademie für Internationale Zusammenarbeit tätig und arbeitet als Trainer (DGIKT-Zertifikat) für Interkulturelle Kompetenz.

Landesübersicht & Naturraum

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im November 2020 aktualisiert.)

Das Land ist flächenmäßig sehr klein, zeichnet sich jedoch durch eine erstaunliche Vielfalt der Landschaften und Ökosysteme aus. Die Bezeichnung "Land der tausend Hügel" weist darauf hin, dass der größte Teil der Staatsfläche von einer hügeligen Hochebene (1.500-1.700 m) eingenommen wird.



Land der tausend Hügel © Goebel/LMZ Koblenz

Offizieller Name
Republik Ruanda

Fläche
26.338 km²

Einwohner
12,6 Mio. (2020, geschätzt)

Bevölkerungswachstum
2,4 % pro Jahr (2016)

Regierungssitz
Kigali

Amtssprachen
Kinyarwanda, Englisch

Regionalsprachen
Keine

Lage und Größe



Lage u. Größe Ruandas in Zentralafrika © TUBS
(CC BY-SA 3.0)

Ruanda liegt im östlichen Zentralafrika zwischen 1° und 3° südlich des Äquators. Das Binnenland mitten in der **Region der Großen Seen** grenzt im Norden an **Uganda**, im Osten an **Tansania**, im Süden an **Burundi** und im Westen an die **Demokratische Republik Kongo**

Die Entfernung von der Küste beträgt ca. 1200 Straßenkilometer zum Indischen Ozean (Mombasa, Kenia und Dar es Salaam, Tansania), bzw. über 3000 km zum Atlantischen Ozean.

Mit 26.338 Quadratkilometer Fläche ist Ruanda einer der kleinsten Staaten Afrikas und entspricht in seiner Ausdehnung etwa der Größe von mittelgroßen deutschen Bundesländern wie Hessen oder Rheinland-Pfalz und Saarland zusammen.

Karten



Landesübersichtskarte © CIA (Public Domain)

- **Topographische Karte**
- **Verkehrswege Ruanda**
- **Stadtplan der Hauptstadt Kigali/Google maps**
- **Zensus-Atlas mit Hintergrundinformationen zu Bevölkerungszahlen und Wohnraum**
- **National Risk Atlas**
- **Thematische Karten der FAO**
- **Kartensammlung zur aktuellen humanitären Situation**
- **Lake Victoria Basin - Atlas of Our Changing**

Übersichtskarte von Ruanda mit Zoomfunktion

Landesimpressionen

Impressionen über Land und Leute vermittelt das staatliche Online-Informationsangebot zu Tourismus und zu den Nationalparks das "Rwanda Development Board (RDB)".

Grunddaten

Die letzten umfangreichen Erhebungen über Grunddaten Ruandas stammen aus dem Jahr 2012. Das unabhängige Nationale Institut für Statistik (NISR) hält die wichtigsten Grunddaten aus offiziellen Quellen auf dem aktuellsten Stand. Vergleichende solide Schätzungszahlen aus unabhängigen Quellen stammen von internationalen Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds sowie UN-Agenturen wie dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP). Die Daten der unterschiedlichen Quellen divergieren oft erheblich. Umfangreiche Daten über Ruanda bietet in tabellarischer Übersicht auch das World Factbook der CIA an.

Naturraum und Klima

Landschaftsbild



Die Agrarlandschaft im Nordwesten © Goebel/LMZ
Koblenz



Topografische Karte von Ruanda © Sadalmelik
(Public Domain)

Ruandas Naturraum erstreckt sich über Teile des großen afrikanischen Grabenbruchs (Rift Valley). Der Kivusee, welcher die westliche Landesgrenze größtenteils ausmacht, ist neben weiteren Seen (Albert-, Edward- und Tanganyikasee) Teil des westlichen Gebietes dieses Grabenbruchs. Bergketten, wozu u. a. die Virunga-Vulkane im Länderdreieck Ruanda, Uganda und Demokratische Republik Kongo zählen, bilden ebenfalls Teile des Grabenbruchs.

Die Bezeichnung "Land der tausend Hügel" weist darauf hin, dass der größte Teil der Staatsfläche von einer hügeligen Hochebene (1.500-1.700 m) eingenommen wird. Langgestreckte Hügel mit zum Teil sehr steilen Hängen werden von schmalen, oft sumpfigen Tälern getrennt.

Der Westen des Landes besteht aus einem stark zerschnittenen Gebirgsrand, der von fast 3.000 m Höhe auf fast 1.600 m abfällt. Der höchste Gipfel ist

der Karisimbi (4507 m) im vulkanischen Virunga-Gebirge. Der Osten dagegen ist eine trockene Savanne, die mit einer ausgedehnten Sumpffläche durchsetzt ist. Zahlreiche große Seen prägen die Landschaft und zeichnen sich durch eigenwillige Formen aus, die von den umliegenden Gebirgen bestimmt werden.

Klima

Das Klima in Ruanda ist verhältnismäßig feucht. Zwei Regenzeiten (März bis Juni und Oktober bis November) werden von einer großen und einer kleinen Trockenzeit unterbrochen. Die Jahresniederschläge schwanken je nach Region zwischen 750-2.000 mm/Jahr. In den meisten Landesteilen liegen sie bei über 1.000 mm im Jahr (in den Gebirgswäldern höher). Von Juli bis September ist es meist trocken und Regen ist eine Seltenheit. Die feuchteste Jahreszeit liegt zwischen Februar und Mai, wenn die meisten Landstriche durchschnittlich 150 bis 200 mm Regen pro Monat verzeichnen.

Die länderübergreifenden Folgen des Klimawandels sind auch in Ruanda allgegenwärtig. Starke Schwankungen des traditionellen saisonalen Rhythmus sind Teil dieser Folgen. Ferner kommt es in der Region immer wieder zu schweren Überflutungen mit erheblichen Auswirkungen. Gerade im Laufe der letzten Jahre führten starke Regenfälle in mehreren Landesteilen wiederholt zu katastrophalen Zuständen. Die ruandische Regierung ist sich der weitreichenden Auswirkungen des Klimawandels bewusst. Der Klimapolitik, welche zahlreiche gegensteuernde Anstrengungen vorweist, wird in der ruandischen Politik entsprechend Priorität eingeräumt.

Die Verbindung von Tropen- und Höhenlage gewährleistet in Ruanda das ganze Jahr hindurch ein gemäßigtes Klima. Höchsttemperaturen von über 30 °C und Tiefstwerte unter 15 °C sind selten. Ausnahmen sind einerseits die eisigen Höhenzüge der Virunga-Berge und andererseits der tief gelegene Grenzstreifen zu Tansania im Akagera-Nationalpark.

Das relativ milde Hochland-Klima mit durchschnittlichen Jahrestemperaturen von 18-21 °C hat Ruanda den Beinamen "Land des ewigen Frühlings" eingebracht. Entsprechend seiner Lage in der Tropenzone weist Ruanda ein ausgeprägtes Tageszeitenklima auf, d. h. die Tagesschwankungen der Temperaturen sind größer als die Schwankungen der Jahresamplitude.

Flora und Fauna



Vulkanlandschaft an der nordwestlichen Grenze Ruandas, Foto: "ORTPN" Kigali

Die natürliche Vegetation Ruandas wurde durch den Menschen weitgehend zerstört bzw. verändert. Nur in Insel-ähnlichen Bereichen des zentralen Hochlandes sowie in den drei Naturreservaten (Nebelwald Nyungwe, Virunga-Vulkan-Nationalpark, Akagera-Nationalpark), welche jeweils eine grenzüberschreitende Bedeutung haben, existiert noch die ursprüngliche Flora des Landes. Im Westen Ruandas sind bis in 2500 m Höhe tropischer Bergwald und Feuchtsavanne anzutreffen. In höheren Lagen sind Bambuswälder sowie alpine Vegetation zu finden. Im inneren Hochland überwiegt Feuchtsavanne, die im Osten in eine trockenere Savanne übergeht. Im

Überschwemmungsgebiet des Akagera, einem **Quellfluss des Nils**, finden sich feuchtigkeitsliebende Pflanzengesellschaften wie Sumpfräser, Papyruspflanzen und Wasserhyazinthen.

Die bekanntesten Tiere Ruandas sind seit der Verfilmung des Lebens von **Dian Fossey** die **Berggorillas**. Die Menschenaffen leben in Familienverbänden von durchschnittlich 10 Tieren. Von den touristisch erschlossenen Gruppen im Vulkan-Nationalpark zählt die kleinste Gorillagruppe 8 und die größte 39 Mitglieder. Neben dem Oberhaupt der Gruppe, dem Silberrücken, gibt es mehrere Weibchen mit ihren Kindern und Halbwüchsigen. Die Männchen erreichen dabei eine Körpergröße von 2 Metern, die Weibchen 1,40 Meter. Je nach Nahrungsangebot ist das Territorium, das von den Tieren durchstreift wird, 10-40 Quadratkilometer groß. Seit 1989 ist die Population der Berggorillas um fast 50 % gewachsen. Artenschützer hatten befürchtet, dass während der anhaltenden Unruhen in der Region die Berggorillas aussterben könnten. Doch obwohl es Opfer unter den Tieren gegeben hat, sind die meisten Gorillas **Wilderern** und Armeegefechten entgangen. So konnte ihre Zahl in Ruanda von 324 im Jahr 1989 auf 380 in 2003 und auf **480 im Jahr 2010** anwachsen (Erhebung geführt vom International Gorilla Conservation Programme (**IGCP**) in Zusammenarbeit mit mehreren Naturschutzorganisationen). Die Berggorillas, deren Gesamtzahl weltweit unter 900 liegt, bleiben weiterhin vom Aussterben bedroht.

Neben den Berggorillas beherbergen Ruandas Nationalparks auch Schimpansen im Nyungwe-Nebelwald. Im Akagera-Nationalpark ist Großwild wie Giraffen und Elefanten anzutreffen sowie eine kleine Population von **Löwen**. Dort lebt außerdem eine große Anzahl von Antilopen sowie Warzenschweine, Kaffernbüffel, Zebras, Wasserböcke, Nilpferde, Affen, **diverse Vogelarten** etc.).

Ökologische Probleme



Brennholz-Kochstelle © J. Nshimyumukiza

Die landschaftliche Beschaffenheit, die extrem hohe Besiedlung sowie das hohe Bevölkerungswachstum Ruandas haben zahlreiche **ökologische Probleme** zur Folge. Über 80 % der Landesfläche ist heute in Kultur genommen worden. Die wachsende Nachfrage nach Brennholz für Koch- und Heizzwecke sowie der Bedarf an Anbauflächen und Weideland haben zu erheblichen **Rodungen des Waldbestandes** geführt.

Ein weiteres ökologisches Problem ist die chronische **Bodenerosion**. Auslösende Faktoren, zusätzlich zur Abholzung und Überweidung, sind die hohe Anzahl an starken Hangneigungen, der Wegfall der früher üblichen Grasbrache sowie die tiefe Bodenbearbeitung mit der Hacke. Einjährige Kulturen verstärken das Erosionsproblem, da zur Zeit der Aussaat und nach der Ernte der Boden ohne schützende Pflanzendecke den heftigen Niederschlägen während der Regenzeiten ausgesetzt ist.

Der Genozid von 1994 hatte auch für die Umwelt signifikante negative Auswirkungen, welche die bereits existierenden Degradationsprozesse im Land beschleunigten. Besonders sichtbar sind die Auswirkungen des Völkermords an der dramatischen Abholzung von Waldflächen und Besiedlung von Naturschutzgebieten. Damals haben Millionen von Vertriebenen neue Siedlungen und Flüchtlingslager in diesen Gebieten gebaut. Dramatisch betroffen waren der im westlichen Landesteil liegende **Gishwati-Wald** sowie der **Akagera-Nationalpark** im Osten, welcher durch die damalige Besiedlung mehr als zwei Drittel seiner ursprünglichen Fläche verlor.

Ruanda hat während der letzten Jahre Maßnahmen ergriffen, um diesen schwierigen

Umweltzuständen entgegen zu wirken. Die Vision 2020, eine mittelfristige Entwicklungsstrategie der Regierung, nennt ausdrücklich den Umweltschutz als eine wichtige Stütze. Um die entsprechende Umsetzung der **Umweltpolitik** zu gewährleisten, wurde die Umweltmanagement-Behörde **REMA** geschaffen.

Ruanda hat, laut einer in 2011 veröffentlichten **Studie** des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (**UNEP**), seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1962 60 % seiner natürlichen Waldfläche verloren. Jüngste Bemühungen haben jedoch laut der UNEP-Studie dazu beigetragen, dass durch Wiederaufforstungsprogramme die Waldflächen wieder auf inzwischen rund 20 % der Landesfläche angestiegen sind. Somit zählt Ruanda zu den wenigen Ländern, die versuchen den allgemein vorherrschenden Trend der **Entwaldung** umzukehren. Weitere **Anstrengungen** sind im **Bereich der Energieversorgung** zu beobachten. Um den Anteil von Holz als Hauptenergiequelle allmählich zu senken, setzt die Regierung auf die Förderung von **erneuerbaren Energien** mit Solar und Wasserkraftwerken.

In Ruanda werden seit über 25 Jahren **Forschungsarbeiten** von Seiten des Instituts für Biologie und des Geographischen Instituts der Uni Koblenz-Landau durchgeführt. Ziel ist es, Möglichkeiten zu einer ökologisch angepassten Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu erarbeiten und damit einen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität und zum Schutz vor Landschaftsdegradation zu leisten. Im Rahmen einer langjährigen **Partnerschaft** zwischen Ruanda und dem Bundesland Rheinland-Pfalz hat sich eine interuniversitäre Kooperation entwickelt, was sich unter anderem in einem kontinuierlichen personellen Austausch (von Professoren und Studierenden) zwischen der ruandischen staatlichen Universität und der rheinland-pfälzischen Universität Koblenz-Landau widerspiegelt.

Die Bemühungen zur Erhaltung aller drei Nationalparks und der Restaurierung des vierten (Gishwati-Mukura NP), trotz begrenzten Raums, stellen einen wichtigen Baustein der Umweltpolitik der Regierung dar. Neben dem Umweltschutz bestehen hier Beschäftigungsförderungsprogramme, die durch eine stärkere Einbindung der Anwohner in den Tourismus neue alternative Einkommensquellen schaffen.

Erwähnenswert sind ebenfalls Bemühungen der Regierung im Bereich der **Abfallentsorgung**. Dabei hat die Regierung durch einige kompromisslose Entscheidungen und **strengere** Vorgehensweise **Fortschritte** erzielt. So ist die Hauptstadt **Kigali** während der letzten Jahre erkennbar sauberer geworden. Eine außergewöhnliche Maßnahme war das heute noch geltende Verbot der Produktion, Einführung und Nutzung von **Einkaufstüten aus Plastik**. Sie wurden durch Tragetaschen aus Sisal oder Papier ersetzt.

Sozialgeographische Gegebenheiten

Bevölkerung

Ruanda gehört mit einer **Bevölkerung** von ca. 12,1 Millionen Menschen (2019, geschätzt) zu den **am dichtesten** besiedelten Ländern Afrikas. In einigen Regionen beträgt die **Bevölkerungsdichte** bereits bis zu 1000 **Einwohner pro Quadratkilometer**. Das jährliche Bevölkerungswachstum ist seit Jahrzehnten unverändert hoch und liegt zur Zeit bei 2,4 %. Um die Bevölkerungsexplosion einzudämmen ist die Regierung bemüht, durch drastische Maßnahmen, wie beispielsweise eine **Drei-Kind-Familienpolitik**, die Geburtenkontrolle durchzusetzen. Generell ist ein **Problembewusstsein** innerhalb der ruandischen Gesellschaft zu beobachten, hervorgerufen durch eine auf **Familienplanung** zielgerichtete Regierungspolitik.

Die **städtische Bevölkerung** in Ruanda ist in den letzten 15 Jahren drastisch von unter fünf auf rund 30 % **angestiegen**. Die Hauptstadt **Kigali** zählt über 1 Mio. Einwohner. Der Bedarf an Wohnraum sowie weiterer **städtischer Infrastruktur** (Wasser u. Abfallentsorgung etc.) ist entsprechend enorm

gestiegen und stellt trotz anhaltendem Bauboom ein dringendes Problem dar. Mit der Entwicklung und dem Beschluss eines **ehrgeizigen Masterplans** versucht die Stadtverwaltung, im Hinblick auf eine wachsende geordnete **Urbanisierung**, Einfluss zu nehmen.

Die weiteren größeren Städte sind die restlichen 27 Distrikthauptstädte, darunter **Muhanga** (Gitarama), **Huye** (Butare), **Musanze** (Ruhengeri) und **Rubavu** (Gisenyi), deren Einwohnerzahlen aber nur bei rund 100.000 liegen. Der Großteil der Bevölkerung lebt nach wie vor **auf dem Land**.

Die in den meisten Entwicklungsländern zu beobachtenden hohen Geburtenraten haben "eine **junge Bevölkerung**" zur Folge. In Bezug auf Ruanda sind ca. 45 % der Bevölkerung unter 15 Jahre alt. Nimmt man die bis zu 25-jährigen Personen hinzu, so entfällt knapp 70 % der Gesamtbevölkerung auf die Altersgruppe von 0 bis 25 Jahre. Diese **Altersstruktur** verschärft die bestehenden Probleme der Bereitstellung ausreichender Ausbildungs- und Arbeitsplätze.



Nachgebaute traditionelle Strohütte in Nyanza © J. Nshimyumukiza

Siedlungsstrukturen



Siedlungsstruktur: typisches Wohngehöft © Goebel/LMZ Koblenz

Dörfer als soziale und kulturelle Einheiten, wie beispielsweise in Europa, sind in Ruanda grundsätzlich unbekannt. Vielmehr herrscht eine Streusiedlungsweise. Die ländliche Bevölkerung lebt in Einzelgehöften. Die Gehöfte eines Hügels sind durch ein dichtes Netz von Fußwegen und Pisten miteinander verbunden.

Die traditionelle Behausung bestand ursprünglich aus einer runden Hütte aus bogenförmigem Flechtwerk, das mit Gras, Schilfrohr oder Papyrus bedeckt wurde. Als Weiterentwicklung bekam die Hütte, bei gleichbleibenden Grundbaumaterialien, eine senkrechte Wand aus Holz und Flechtwerk, welche durch Lehm abgedichtet wurde. Als Eindeckung war noch bis vor einigen Jahren (Ende der 90er-Jahre) ein kegelförmiges Strohdach üblich.

Heute überwiegen Häuser mit rechteckigem Grundriss, die aus luftgetrockneten Ziegeln gebaut und mit einem Dach aus Wellblech oder gebrannten Dachpfannen gedeckt sind.

Die Wohnanlage, auch Urugo genannt, bestand zumeist aus Wohnhaus, Stall, Speicher- und Vorratsgebäude und wurde oft von einer hohen Hecke umgeben. Baumaterialien und Ausführung variieren je nach Region.

Streusiedlungen haben sich aus praktischen Gründen durchgesetzt. Diese sind durchaus für die alltäglichen Arbeit von Vorteil: Die Menschen wohnen nah an ihren zu bestellenden Feldern und können gleichzeitig ihren kleinen Viehbestand besser überwachen und versorgen. Diese Siedlungsform hat andererseits große Nachteile. Sie führt zu einer starken Zersiedelung der Landschaft und erschwert die **Versorgung mit Wasser** und Strom sowie den grundsätzlichen Aufbau jeglicher Infrastruktur.

Nach 1994 förderte die ruandische Regierung das Wohnen in Siedlungen, auch **Imidugudu** genannt. Dies geschah im Rahmen einer neuen Wohnungspolitik, die auf den Zugang zu einer Grundversorgung, mehr Sicherheit und auf einer Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten neben der Landwirtschaft abzielte. Bei der Umsetzung führte die veränderte Wohnweise bei der Bevölkerung zu Akzeptanzproblemen. Insbesondere die umstrittene Regierungsinitiative zur Abschaffung von Strohütten ab 2008, bekannt unter dem Slogan „**Bye-Bye Nyakatsi**“, führte vor allem im Jahr 2011 zum zweifelhaften Umgang mit Bürgerrechten. Damals wurden ca. 120.000 Strohütten, zum Teil unter Zeitdruck, abgerissen. Aus Regierungssicht war diese Aktion in die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Verbesserung der Wohnbedingungen für die ärmsten Bevölkerungsschichten eingebunden.

Mit der wachsenden Anzahl von Siedlungen (regional unterschiedlich) ist ein langfristiger Strukturwandel ansatzweise erkennbar.



Neue Siedlung im Nordwesten mit Flurbereinigung ©J. Nshimyumukiza

Verkehrswege



Transport bergab in Ruhengeri, ©Goebel/LMZ Koblenz

Hauptträger des **Güter- und Personentransports** in Ruanda ist die Straße. Das Straßennetz (ca. 14.000 km Länge) gehört zu den dichtesten in Afrika, überwiegend besteht dieses jedoch aus unbefestigten Pisten und Schotterstraßen. Befestigte Straßen gibt es dagegen nur auf einer Länge von ca. 4.000 km. Solche Straßen verbinden die wichtigsten Zentren des Landes miteinander. Auch die **Hauptverbindungsstrecken** zu den Nachbarstaaten Burundi, Tansania, Uganda und der DR Kongo sind für die Personen- und Gütertransporte geteert. Alle übrigen Pisten sind in schlechtem Zustand und während der Regenzeit, besonders in abgelegenen Gemeinden, nicht passierbar. Hier hat die Regierung in den letzten Jahren **kontinuierlich investiert**. Die bestehenden Hauptverbindungsstrecken zu den Nachbarländern wurden größtenteils bereits saniert. Auch die weiteren Überlandstraßen sowie das städtische Straßennetz wurden bzw. werden momentan mit großem Aufwand verbessert, erweitert oder befestigt.

Ruanda verfügt über kein **Schiennetz**. Pläne zum Bau einer **Eisenbahnlinie** sind jedoch seit längerer Zeit auf der Tagesordnung. Diese sollte ursprünglich Ruanda sowie sein ebenso eingeschlossenes Nachbarland Burundi über die Anbindung und Rehabilitierung der bestehenden Schienenstrecke in Tansania mit dem Hafen von Dar es Salaam verbinden. Eine **Machbarkeitsstudie**, die von der DB International, Deutschland und BNSF aus den USA bereits durchgeführt wurde, hat die Erstphase des Dreiländerprojekts positiv bewertet. Für die **2. Phase** wurde Canrail / Gibb, ein kanadisches Unternehmen mit der umfassenden Evaluierung des Projekts im Jahr 2012 beauftragt. Während der darauf folgenden Jahre gab es einen Projektstillstand. Seit 2017/18 ist das Projekt wieder auf der Spur, **Projektausschreibungen** werden vorbereitet. In den vergangenen Jahren herrschte, vor allem auf der Seite der ruandischen Regierung, Unzufriedenheit über die zögerliche Umsetzungsgeschwindigkeit seitens der beiden anderen Partnerländer Tansania und Burundi.

Inzwischen hatte sich Ruandas Regierung - in einer inzwischen **gescheiterten**- Partnerschaft mit den Ländern Uganda und Kenia, einem Alternativprojekt zugewandt. Beim neuen Projekt handelt es sich um den Bau einer Bahnlinie, dem so genannten Nordkorridor, welche über Kampala und Nairobi, den Hauptstädten Ugandas bzw. Kenias, zum Seehafen Mombasa führen soll. Die Durchführung der ersten Projektphase läuft bereits.

Der Flugverkehr spielt eine wichtige Rolle für das Binnenland Ruanda. Im Güterverkehr wird er für hochwertige und kurzfristig benötigte Güter als Alternative zu lang andauernden Transporten über See- und Landwege genutzt. Mit dem **Kigali International Airport** befindet sich ein kleiner Flughafen ca. 15 km östlich des Stadtzentrums. Der Flughafen in Kigali wird von internationalen Fluggesellschaften wie Brussels Airlines, KLM, Qatar Airways, Turkish Airlines und Ethiopian Airlines angefliegen.

Durch das rasche Wachstum Kigalis liegt der Flughafen inzwischen mitten im städtischen Wohngebiet. Aus diesem Grund sowie wegen des schnell wachsenden Flugverkehrs, wird derzeit ein neuer Flughafen ca. 30 km südöstlich der Hauptstadt gebaut. In Huye im Süden, Rubavu im Westen und Kamembe im Südwesten des Landes befinden sich drei weitere kleine **lokale Flughäfen**, welche nur für Inlandsflüge genutzt werden.

Nachdem die frühere nationale Fluggesellschaft Air Rwanda im Jahr 1994 den Flugbetrieb eingestellt hatte, wurde im Jahr 2009 eine neue Airline gegründet. Mit **RwandAir** operiert heute eine junge, moderne und schnell **wachsende** Fluggesellschaft vom internationalen Flughafen in Kigali aus, von wo sie 22 überwiegend afrikanische Städte anfliegt. Ferner bietet RwandAir Fernflüge nach Dubai, Mumbai, Brüssel und London an.

Nationale Symbole



Ruandas Flagge

In Folge der Versöhnungsbemühungen hat Ruanda ab 2001 neue nationale Symbole bekommen.

Die neue **Flagge** wurde von Alphonse Kirimobenecyo, einem einheimischen Künstler und Techniker entworfen. Grün symbolisiert die Hoffnung auf Wohlstand, Gelb steht für die wirtschaftliche Entwicklung und Blau symbolisiert Glück und den Frieden. Die goldfarbene Sonne und ihre 24 Strahlen stehen für das Licht, welches allmählich das gesamte Volk erleuchtet. Die neue Flagge wurde offiziell am 25. April 2001 eingeführt. Zuvor führte Ruanda seit der Unabhängigkeit (1. Juli 1962) eine Flagge mit den panafrikanischen Farben in der ein 'R' im gelben Feld zu sehen war. Das 'R' stand in erster Linie für den Namen des Landes Ruanda. Weiterinterpretiert weckte der Buchstabe noch weitere Assoziationen: Revolution, Referendum und Republik.



Ruandas Staatswappen

Im **Staatswappen** finden sich Symbole für Ruanda und seine Bevölkerung: Die Sonne oben, der Korb in der Mitte, das Zahnrad darunter, an beiden Seiten eine Kaffeepflanze bzw. Sorgho, eine Getreideart und jeweils die Abbildung eines Schutzschilds. Diese werden gemeinsam von einem grünen Band eingefasst, was die Einheit des Volkes symbolisiert. Auf dem gelben Spruchband steht in der Landessprache oben der Staatsname und unten die Devise:

"Einheit - Arbeit - Liebe zum Vaterland".

Die Nationalhymne können Sie, inkl. engl. Übersetzung, [lesen und hören](#) .

Geschichte & Staat

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Ruanda hat von April bis Juli 1994 einen schrecklichen Völkermord erlebt, der als größter Genozid seit dem Holocaust angesehen wird. Jede nennenswerte Entwicklungsaktivität, sei es in politischen, wirtschaftlichen wie soziokulturellen Bereichen, ist nach wie vor stark vom Genozid und seinen Auswirkungen geprägt.



Kigali Genocide Memorial Centre (Genozid Gedenkstätte in Kigali) © cc-by-2.0 - originally posted to Flickr by Dave Proffer

Tag der Unabhängigkeit
01. Juli 1962

Staatsoberhaupt
Paul Kagame

Regierungschef
Dr. Edouard Ngirente

Politisches System
Präsidialrepublik

Demokratie Status- Index (BTI)
Rang 96 von 137 (2020)

Korruptionsindex (CPI)
Rang 51 von 180 (2019)

Ibrahim Index of African Governance
Rang 11 von 54 (2019)

Geschichte

Der Genozid von 1994

Ruanda hat von April bis Juli 1994 einen Völkermord erlebt, der als größter Genozid seit dem Holocaust angesehen wird. Bis heute ist jede nennenswerte Entwicklungsaktivität, sei es in politischen, wirtschaftlichen wie soziokulturellen Bereichen, nach wie vor stark vom Genozid und seinen Auswirkungen geprägt.

Der **Völkermord** in Ruanda, eine der blutigsten Tragödien weltweit, fand vor den Augen der Weltöffentlichkeit statt. Er war **von langer Hand geplant** und wurde mit unaussprechlicher Brutalität ausgeführt. In weniger als drei Monaten wurde - nach offiziellen ruandischen Angaben - mehr als eine Million Menschen (nach UNO-Angaben ca. 800.000), demnach jeder 7. der damaligen Bevölkerung von 7 Millionen Einwohnern, ermordet.

Um ein fundiertes Verständnis des Genozids zu entwickeln, führt der Weg der **Ursachenforschung** über alle Etappen der Geschichte des Landes. Eine wichtige Rolle spielen dabei einerseits die aus dem kolonialen historischen Kontext entstandene ethnische Polarisierung in Hutu und Tutsi sowie deren Übernahme durch postkoloniale Nationalregierungen, welche eine ethnisch und regional basierte diskriminierende Politik betrieben. Andererseits kamen die umstrittene **Rolle des Auslands** und Veränderungen in der Weltpolitik zum Tragen. Nicht zuletzt waren die sozioökonomischen Aspekte im Land (Armutsdruk, niedrige Alphabetisierung, Bevölkerungsexplosion etc.) und die daraus resultierende Anfälligkeit der Bevölkerung zur Manipulation von großer Bedeutung.



Der Genozid 1994 in Ruanda - ein Klassenraum als Gedenkstätte © J. Nshimyumukiza

Die wesentlichen historischen Epochen

Ruanda hat eine **jahrhundertealte Geschichte** als **Erbmonarchie**, die sich auf eine Tutsi-Adelsklasse stützte, während der größte Teil der einfachen Bevölkerung aus Hutu bestand. Eine differenzierte Betrachtung dieser ethnischen Bezeichnungen empfiehlt sich dabei ausdrücklich. Bei "(Ba)Hutu" oder "(Ba)Tutsi" handelt es sich nämlich nicht um völlig verschiedene Stämme, wie es aus zahlreicher Literatur zu entnehmen ist. Beide Bevölkerungsgruppen sprechen die gleiche Sprache "Kinyarwanda", teilen religiöse Überzeugungen und bilden eine gemeinsame Nationalkultur. Ein gesondertes Wohnterritorium wird auch keiner der Gruppen zugeordnet.

Unterschiede lagen ursprünglich eher in der Zugehörigkeit an Sozialkategorien, deren Bestimmung sich wiederum am Besitzverhältnis insbesondere an Rindern orientierte. Rinder bedeuteten reale wirtschaftliche Kraft und waren zugleich Statussymbol. Die eigentliche Gruppenidentifikation der Vorkolonialzeit erfolgte - mündlichen Überlieferungen nach - eher entlang Familienverbänden, Klans und Abstammungslinien. Die Beziehungen zwischen Tutsi und Hutu dagegen waren von einer Art feudaler Lehnsherrschaft geprägt, bei der Hutu größtenteils als Ackerbauern Tribut und Fronarbeiten bei einflussreichen Tutsi-Rinderbesitzern leisteten. Demzufolge war die Übergangsmöglichkeit zwischen Hutu und Tutsi z.B. durch Anhäufung von Rindern mit auf- bzw. absteigendem Statuswechsel grundsätzlich gegeben.



Traditionelle Strohütte (nachgebaut) an der Königsresidenz in Nyanza © Nshimyumukiza



Alte Residenz des Königs Mutara III Rudahigwa (1931-1959) in Nyanza. © ORTPN

Wahrscheinlich ist, dass es erst deutsche Forscher waren, die um die Jahrhundertwende (Ende 19. Jahrhundert) Ruanda bereisten und aus Hutu und Tutsi Ethnien begründeten. Tutsi waren den damaligen ethnologischen, stark rassistisch geprägten Theorien zufolge Angehörige einer "höher entwickelten" Bevölkerungsgruppe, die aus dem heutigen Äthiopien eingewandert sei und durch "rassische Merkmale" besser als die Hutu-Mehrheit für Führungsaufgaben geeignet gewesen sei.

Eine konsequent ethnisch orientierte Kolonialpolitik, wie auch die aus Europa mitgebrachte Geschichtsschreibung, die die Unterschiede ethnologisch und historisch zu begründen versuchte, schuf binnen weniger Jahrzehnte bis kurz vor der Unabhängigkeit eine Spaltung der Gesellschaft in eine deklassierte Hutu-Bevölkerungsmehrheit und eine privilegierte Tutsi-Minderheit.



*19th Commemoration of the Genocide against the Tutsi - 2013
Foto: KGM (CC BY-ND 2.0)*



*Kigali Genocide Memorial, Dez. 2004
Foto: KGM (CC BY-ND 2.0)*



Kigali Genocide Memorial - Besuch von Bundesminister Dr. Gerd Müller, Aug. 2016 - Foto: KGM (CC BY-ND 2.0)



*Kigali Genocide Memorial, Apr. 2014
Foto: Kwibuka Rwanda (CC BY-ND 2.0)*



*19th Commemoration of the Genocide against the Tutsi - 2013
Foto: KGM (CC BY-ND 2.0)*



*Kigali Genocide Memorial, Dez. 2004
Foto: KGM (CC BY-ND 2.0)*



Kigali Genocide Memorial - Besuch von Bundesminister Dr. Gerd Müller, Aug. 2016 - Foto: KGM (CC BY-ND 2.0)



*Kigali Genocide Memorial, Apr. 2014
Foto: Kwibuka Rwanda (CC BY-ND 2.0)*

In der neueren Geschichte waren neben der Kolonisation, die das Land erst kurz vor 1900 erreichte, die Unabhängigkeit im Jahre 1962 und der Völkermord von 1994 die wichtigsten Ereignisse.

Die Berliner Kongo-Konferenz im Jahr 1884/1885 leitete die Kolonialzeit ein. Das heutige Ruanda wurde dem deutschen Kolonialreich zugesprochen. Erst die ersten europäischen Expeditionen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Zentralafrika vorstießen, um das Jahrtausende alte Rätsel der Nilquellen zu lösen, hatten erste Hinweise auf das ihnen bis dahin völlig unbekannte Gebiet des heutigen Ruanda gebracht.

Ruanda war zusammen mit Burundi zunächst Teil von Deutsch-Ostafrika. 1916 besetzten belgische Truppen von Belgisch-Kongo aus das Land. Nach dem Ersten Weltkrieg erhielt Belgien das Mandat zur Verwaltung von Ruanda-Urundi, zunächst vom Völkerbund, später von der UNO.

Nach der Unabhängigkeit am 1. Juli 1962 folgten zunächst eine erste (1962-1973) und dann eine zweite Republik (Juli 1973-1994). Vor allem die erste Republik war begleitet von Massakern, Vertreibungen und Fluchtbewegungen von Tutsi. Seitdem lebten sie in den Nachbarländern und in aller Welt. Von dort aus organisierten sie eine politische Opposition gegen Ruandas Regierung und bauten die Rebellenarmee Ruandische Patriotische Front (RPF) auf.

Am 1. Oktober 1990 griff die RPF von Uganda aus das Land an, um militärisch die Rückkehr von Flüchtlingen zu erzwingen. International vermittelte Verhandlungen führten zunächst zu einem Waffenstillstand im Juli 1992. Nach dem Friedensvertrag von Arusha im Januar 1993 kam es aber mehr oder weniger zu einer politischen Blockade der Umsetzung der Vereinbarungen des Friedensvertrags. Radikale Kräfte waren nicht an der Kooperation mit dem Gegner in Übergangsstrukturen (Regierung, Parlament und Armee) bereit.

Am 6. April 1994 wurde das Flugzeug des damaligen Staatspräsidenten Juvenal Habyarimana beim Landeanflug in der Hauptstadt Kigali abgeschossen. Dies bot einer Gruppe von Regime-Hardlinern aus dem unmittelbaren Umfeld des ermordeten Präsidenten den Anlass, den bereits ausgearbeiteten Plan zum Massenmord durchzuführen. Durch eingerichtete Propagandamedien, vor allem durch den berüchtigten Radiosender "Radio Milles Collines", ertönte der Aufruf zum Massenmord gegen die Tutsi und gegen die oppositionellen Hutu vorzugehen.

Vom 7. April bis Juni 1994 wurde daraufhin ein Völkermord an Tutsi begangen, begleitet von der Liquidation von dissidenten Hutu. Die RPF nahm die Kampfhandlungen gegen das den Völkermord organisierende Regime wieder auf. Sie eroberte bis Juli den Norden, Osten und Südosten sowie die Hauptstadt, danach auch den zentralen und nördlichen Westen des Landes. Französische Truppen besetzten, von Ostkongo aus kommend, vorübergehend den Südwesten des Landes.

Die Auseinandersetzungen führten zu einem Flüchtlingsstrom von zwei Millionen Menschen in die Nachbarländer, darunter viele der Milizionäre und Völkermörder. Die internationale Gemeinschaft und ihre Hilfsorganisationen begangen gleich den nächsten Fehler. Statt die friedliche Rückkehr der Hutu-Flüchtlinge von Kongo nach Ruanda zu unterstützen legten sie Flüchtlingslager an der Grenze an - eine Aktion im Sinne der Nothilfe, die notwendig aber auch umstritten war, da sie damit eine Situation begründete, die zur bis heute andauernden Destabilisierung der gesamten Region der Großen Seen führte.

Historische Persönlichkeiten



Paul Kagame, Präsident der Republik Ruanda

Photo: WORLD ECONOMIC FORUM/swiss-image.ch/Jolanda Flubacher (CC BY-NC-SA 2.0)

Sowohl die Tutsi-Könige der Epochen vor und während der Kolonialzeit als auch die Hutu-Machthaber (**Kayibanda** und **Habyarimana**) der Zeit während der Unabhängigkeitsbestrebungen und nach der Unabhängigkeit, werden von Teilen der Gesellschaft hauptsächlich mit einer regionalen und ethnisch diskriminierenden Politik sowie mit Gräueltaten gegen Angehörige der anderen Bevölkerungsgruppe in Verbindung gebracht. Sie rufen oft bei einzelnen Gruppen extrem emotionale Ressentiments hervor. Dominierende Persönlichkeit der jüngsten Geschichte Ruandas ist der amtierende Staatspräsident **Paul Kagame**.

Paul Kagame genießt innerhalb des Landes eine **hohe Popularität**. Für den Großteil der Ruander stellt er eine **Heldenfigur** dar. Zu seinen besonderen Meriten zählt die Wiederherstellung von Ordnung, Sicherheit und Stabilität in Ruanda nach dem Völkermord. Im Jahr 1994 ist es ihm als Anführer der Rebellenarmee gelungen, den Genozid zu beenden. Anschließend schaffte das völlig zerstörte Land unter seiner Führung innerhalb weniger Jahre eine kaum für möglich gehaltene Rückkehr zur Normalität. Daraufhin wurde eine bis heute anhaltende, rapide sozioökonomische Transformation des Landes in Gang gesetzt. Dazu setzte die Regierung auf eine Politik der Einheit, des Konsens und der Versöhnung. Eine Schlüsselrolle spielte die Rückführung nahezu aller - im Zuge des Völkermords - vertriebenen Menschen sowie deren Reintegration.

International ist das **Ansehen des Präsidenten** Paul Kagame eher zwiespältig. Einerseits wird er als Visionär gelobt, andererseits von einigen seiner Kritiker als Diktator beschimpft. Grundsätzlich wird die von ihm angestoßene dynamische Entwicklung des Landes gelobt. Seine strenge Überwachung des politischen Raumes wird dagegen stark kritisiert.

Staat

Staatsform, Verfassung und Gewaltenteilung

Ruanda ist eine Präsidialrepublik. Die heutige **Verfassung** wurde am 26. Mai 2003 durch ein Referendum mit 93 % Ja-Stimmen angenommen, bei einer überwältigenden Wahlbeteiligung von 89,9 %. Sie ist seit dem 4. Juni 2003 in Kraft. Besonderheiten sind die Festlegung eines Spektrums von Institutionen, die geeignet sind, den Prozess der nationalen Einheit und Versöhnung zu fördern, wie das Amt des "Ombudsmanns", die **Nationale Einheits- und Versöhnungskommission** sowie die **Kommission zum Kampf gegen den Genozid**.

Die neue Verfassung lässt ein Mehrparteiensystem zu. Eine ausgrenzende Parteienbildung, u.a. nach Ethnie, Religion oder Geschlecht, ist ausdrücklich verboten.

Ferner wurde die Regel, gemäß der die parlamentarische Mehrheitspartei nicht mehr als 50 % der Kabinettsmitglieder stellen darf, in der Verfassung verankert. Elemente moderner Einstellungen, wie vor allem zur **Gleichberechtigung**, finden darin Beachtung. So ist z.B. in der öffentlichen Verwaltung und im Parlament eine **Frauenquote** von 30 % festgeschrieben. Dieses hat nach den letzten Wahlen zu einer Vertretung von Frauen in der Nationalversammlung von über 60 % geführt, der **weltweit stärksten parlamentarischen Frauenvertretung**.

Der Präsident wird in allgemeinen Wahlen bestimmt. Das Parlament besteht aus **zwei Kammern**, der Nationalversammlung und dem Senat. Die politischen Parteien versammeln sich im "political parties forum" (Abstimmungsforum), wo Beschlüsse im Konsens gefasst werden.

Formaler Staatsaufbau und regionale staatliche Gliederung

Ruanda hat seit 2001 eine umfassende **Verwaltungsreform** durchgeführt, die seit dem 1. Januar 2006 konkret greift. Bereits 2001 schaffte eine Kommunalreform die Grundlage der Selbstverwaltung auf der Ebene der Distrikte. Seit Anfang 2006 ist die Republik Ruanda in fünf, statt wie früher in zehn bzw. zwölf Provinzen, aufgeteilt: in vier nach den Himmelsrichtungen benannten neuen Provinzen und die Hauptstadt Kigali.



Reformierte Verwaltungseinheit (Früher: 12 Provinzen / Heute: 4 Provinzen + die Hauptstadt Kigali)

Die Provinzen (Intara) unterteilen sich in Distrikte (Akarere) und Sektoren (Umirenge). Die früheren 121, dann 106 Kommunen (Communes) wurden jedoch zu 30 einflussreicheren Distrikten zusammengelegt. Auch die Sektoren wurden zusammengelegt und haben mehr Möglichkeiten zur Organisation und politischen Beteiligung erhalten. Statt 1545 gibt es seit Anfang 2006 416 Sektoren, in denen jeweils bis ca. 28.000 Menschen leben.

Hintergrund dieser Reform ist der Genozid von 1994. Das frühere zentralistische System hat nach Überzeugung der aktuellen Regierung den Völkermord begünstigt, in dem geordnete, wirksame Gegenbewegung behindert wurde. Ziel der Reform ist mehr Beteiligung und Mitspracherecht der breiteren Masse der Bevölkerung an der Entwicklung des Landes zu erreichen. Deutschland - im Rahmen der Förderung von "Good Governance" als Entwicklungsschwerpunkt - unterstützt Ruanda **durch die GIZ** bei der Umsetzung des Dezentralisierungsprogramms.

Der sichtbare Erfolg des **Dezentralisierungsprogramms** in Ruanda ist mehr der Durchsetzungsmacht ihrer autoritär auftretenden nationalen Regierung und weniger der Akzeptanz der Bevölkerung zuzuordnen.

Recht, Ordnung und staatliche Sicherheit

Unmittelbar nach 1994 war die Herstellung der politischen Stabilität oberste Priorität der staatlichen Führung. Die Regierung von Präsident **Paul Kagame** setzt auf nationale Einheit. Seine RPF hat als Regierungspartei das Land fest im Griff. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Eingliederung geflohener Hutu und vormals exilierter Tutsi funktioniert hat. Die juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung des Völkermords bleibt jedoch, neben dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes, weiterhin wichtigstes gesellschaftliches Thema.

Bis heute fordern einerseits die Angehörigen der Opfer des Genozids Gerechtigkeit und Entschädigung, **oppositionelle Kräfte** auf der anderen Seite Gewissheit über die Rolle der damaligen

Befreiungsarmee der RPF. Sie werfen den Regierenden außerdem einen ungerechten Umgang insbesondere mit Opfern vor, die es auch auf der Seite der Volksgruppe der Hutu zu beklagen gab.

In Folge des Völkermords von 1994 hat die Regierung Ruandas ein grundlegend neues **Justizwesen** aufgebaut. Dabei wurden neue rechtliche und administrative Rahmenbedingungen eingeführt. Demnach bestehen die **Justizeinrichtungen** aus dem Obersten Gerichtshof (**Supreme Court**), den Hohen Gerichten der Republik (High Courts of the Republic), den Provinzgerichtshöfen (Provincial Courts), den Gerichtshöfen der Distrikte (Districts Courts) sowie Vermittlungsräten (**Mediation Committees**). Zusätzlich wurden spezielle Einrichtungen, wie die sogenannten **Gacaca-Gerichte**, welche charakteristisch für das Justizwesen Ruandas sind, geschaffen. Diese neuen Institutionen wurden initiiert, um der besonders schwierigen Lage der Post-Konfliktzeit zu begegnen.



Überfülltes Gefängnis nach dem Völkermord © Goebel/LMZ Koblenz

In Ruanda hatten klassische Gerichte in den ersten 10 Jahren nach dem Völkermord erst ca. 10.000 Urteile gesprochen. Dabei saßen bis dahin noch 80.000 Verdächtige im Gefängnis. Schnell wurde klar, dass der **bestehende Justizapparat** bis zu 100 Jahre Zeit benötigen würde, um die Erwartungen der Gerichtsbarkeit erfüllen zu können. Mangels Alternativen und pragmatischer Notwendigkeit entschied sich die Regierung 1999 für die Revitalisierung der so genannten "**Gacaca**", eine traditionelle Form von Gerichtsverfahren. Dieser neue Versuch der Regierung zur Wahrheitsfindung und Bestrafung der Täter bekam zusätzlich den schwierigen Auftrag einer **umfassenden Aufarbeitung** unter Berücksichtigung versöhnender Aspekte. Die Gacaca-Verfahren kamen nur mühsam zu Stande.

Nach einer Pilotphase arbeiteten 11000 **Gacaca-Gerichte** über das ganze Land verteilt. 2006 traten diese oft kontrovers diskutierte **Dorfgerichte** in die Entscheidungsphase ein und warfen damals ihren langen Schatten auf das angestrebte friedliche Zusammenleben der Bevölkerung voraus. Es bestand die Gefahr, dass die Gerichte Schauplätze persönlicher Rachefeldzüge oder zum persönlichen wirtschaftlichen Vorteil Einzelner missbraucht würden. Zweifel kamen in der Tat immer wieder durch einige umstrittene Urteile auf.

Im Juni 2012 schlossen die **Gacaca-Tribunale** ihre Arbeit ab. Während die ruandische Regierung sich mit den **Ergebnissen** zufrieden zeigt, weichen die Meinungen der **Kritiker** zu diesem Thema erheblich von dieser Haltung ab. Das Strafmaß für Verurteilte variierte zwischen lebenslanger Gefängnisstrafe und Reparationszahlungen bzw. **gemeinnütziger Arbeit**.

Für die **Drahtzieher des Völkermords** richtete die UNO noch in November 1994 den Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda (International Criminal Tribunal for Rwanda, **ICTR**) in Arusha im Norden des Nachbarlandes Tansania ein. Bisher wurden 75 (16 davon noch in Berufung) von insgesamt 98 Angeklagten (9 davon noch auf freiem Fuß) verurteilt, zwölf Angeklagte wurden freigesprochen und zwei wegen mangelnden Beweisen freigelassen. Zwei weitere Angeklagte haben den Prozess nicht überlebt (Stand: Februar 2014). Nachdem die zeitlich begrenzte Aktivität des Tribunals bereits verlängert wurde, ist seine Aufgabe Ende 2014 zu Ende gegangen. Nur noch laufende Prozesse werden zu Ende geführt. Noch anstehende Gerichtsprozesse werden überwiegend an die ruandischen nationalen Gerichte transferiert. Die Zusammenarbeit zwischen ICTR und dem Staat Ruanda war seit der Gründung des Tribunals bis vor kurzer Zeit problembehaftet. Im Laufe der **Post-Konfliktjahre** wurde das Justizsystem kontinuierlich Reformen unterzogen, nicht zuletzt um zu bewirken, dass noch gesuchte Völkermordverdächtige von ihren jeweiligen Aufenthaltsländern ausgeliefert werden können. Auslieferungsanträge wurden lange Zeit mit der Begründung abgelehnt, dass Angeklagten in Ruanda kein fairer Prozess erwarten würde. **Die Bemühungen der Regierung** finden neuerdings zunehmend Zuspruch der internationalen Gemeinschaft.

Im September 2011 gab es erstmals Zustimmung seitens des **Europäischen Gerichtshofs**. Im Rahmen einer Berufung gegen Auslieferung eines ruandischen Staatsbürgers aus Schweden, bestätigte das Gericht, dass die Voraussetzungen für Auslieferungen ruandischer Staatsbürger erfüllt sind.

Am 24. Januar 2012 **überstellte der kanadische Staat** in einem prominenten Fall den ruandischen Staatsbürger **Léon Mugesera** an die ruandische Justiz. Mugesera wird vorgeworfen als stellvertretender Vorsitzender der früheren **Regierungspartei MRND**, die Bevölkerung in seinen öffentlichen Hetzreden zum Völkermord an den Tutsi aufgerufen zu haben. Auch der **Internationale Gerichtshof für Ruanda** in Arusha hatte bereits Anfang 2012 einen Völkermordangeklagten an die ruandische Justiz übergeben.

Ein weiteres Zeichen internationaler Anerkennung stellt die **Beendigungsklausel** der UN-Flüchtlingskonvention, die den Flüchtlingsstatus für Ruander aufhebt, dar. Die Aufhebung des Flüchtlingsstatus für Ruander durch die UN-Flüchtlingskommission (UNHCR) deutet darauf hin, dass in Ruanda grundlegende und dauerhafte Veränderungen eingetreten sind und infolge dessen Flüchtlinge bei ihrer Rückkehr keine Verfolgung zu befürchten haben. Diese Entscheidung wird jedoch von **Menschenrechtsorganisationen** kritisiert.

Innenpolitische Themen

Politische Transformation

Die **innenpolitische Lage** in Ruanda wird weiterhin von den Folgen des Völkermords von 1994 geprägt. Nach dem Völkermord und dem militärischen Sieg hatte die "**Ruandische Patriotische Front**" (RPF) am 19. Juli 1994 eine Koalitionsregierung gebildet. **Pasteur Bizimungu** wurde zum Präsidenten ernannt. Es folgte eine Übergangsphase mit am Arusha-Vertrag angelegten Übergangsregierungen, die bis 2003 dauerte. Seitdem sind Institutionen gebildet und zahlreiche Reformen durchgeführt worden. Zu den wichtigsten Reformen zählt das Langzeit-Dezentralisierungsprogramm der Regierung, das auch als Schritt in Richtung politischer Demokratisierung bezeichnet werden kann. Durch Kommunalwahlen und Kompetenzverlagerung auf untere Ebenen wurde die Bevölkerung zunehmend in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Regierungspolitik stellt die **Korruptionsbekämpfung** dar. Im Rahmen einer radikalen Politik der „Nulltoleranz“ setzt Ruandas Präsident regelmäßig, selbst in der Elite des Landes, immer wieder klare Zeichen. Ein Beispiel spektakulärer Verhaftungen dieser Art stellte im Jahr 2007 der Fall des mächtigen Bankiers **Alfred Kalisa** dar, ein neues Beispiel ist die Verhaftung von Angélique Kantengwa Mitte 2014, eine bis dahin einflussreiche Vorstandschefin der zuständigen Landesbehörde für Sozialversicherung.

Neu geschaffenen Institutionen, wie dem Amt des Ombudsmanns oder der eingerichteten Polizei-Hotline für Bürgerbeschwerden über Korruptionsfälle, sind in diesem Bereich die Erfolge der letzten Jahre zu verdanken. In den Datenerhebungen der Antikorruptionsorganisation **Transparency International** wird Ruanda von 180 untersuchten Ländern auf Rang 53 geführt. Den entsprechenden **Regionalvergleich** führt Ruanda an.

Wahlen



Präsidentschaftswahlen 2017
© Mugisha Don de Dieu (CC BY 2.0)



Wahlkampfveranstaltung 2017
© Mugisha Don de Dieu (CC BY 2.0)



Präsidentschaftswahlen 2017
© Mugisha Don de Dieu (CC BY 2.0)



Wahlkampfveranstaltung 2017
© Mugisha Don de Dieu (CC BY 2.0)

Politische Organisationen waren bis 2003 verboten. Dementsprechend fanden erst im August und September 2003 die **ersten Nachkriegswahlen** für **Parlament und Präsidentenamt** statt. Die dominierende Partei RPF ging mit einer überwältigenden Mehrheit (73 %) aus diesen Wahlen hervor. Der RPF-Kandidat und amtierende Präsident Kagame bekam damals über 95 % der Stimmen. Vor allem der Wahlkampf war weder **frei noch gerecht**.

Mit 48 % war der Frauenanteil im Parlament gleich überwältigend und überstieg die von der Verfassung vorgeschriebene Mindestfrauenquote von 30 %. Dieses resultierte aus dem besonders konstruierten **Wahlssystem**. Dabei finden, parallel zu Direktwahlen mit Kandidaten von Parteilisten, indirekte Wahlen von Frauen über eigene Gremien statt.

Seitdem besteht **das Parlament** in Ruanda aus zwei Kammern: der Chamber of Deputies mit 80 Sitzen und dem Senat mit 26 Sitzen. Amtierender **Präsident** und damit Staatschef ist seit April 2000 Paul Kagame (FPR). Er setzt den Regierungschef und seine Minister ein. Der Präsident wird alle 7 Jahre direkt vom Volk gewählt.

Parlamentswahlen

Die **letzten Parlamentswahlen** fanden, nach dem neuen politischen Anfang im Jahr 1994, zum dritten Mal planmäßig im September 2013 statt. Die Wahlen zu der aus 26 Senatoren bestehenden zweiten Kammer waren zwei Jahre zuvor im September 2011 erfolgt.

410 Kandidaten hatten sich um die 80 Sitze im Abgeordnetenhaus beworben. Insgesamt waren 10 Parteien und einzelne unabhängige Kandidaten angetreten, wobei sich 6 kleine Parteien dem Bündnis der dominierenden Regierungspartei RPF angeschlossen haben. Zwei neue **Parteien** wurden im Vorfeld der Wahlen zugelassen. Für die **Demokratische Grüne Partei Ruandas** (DGPR) kam die offizielle Zulassung jedoch erst Anfang August 2013 und damit zu spät für eine rechtzeitige Aufstellung der Kandidatenliste.

Das Wahlergebnis hat erwartungsgemäß die alten Kräfteverhältnisse bestätigt. Die regierende Partei RPF gewann die Wahlen deutlich mit 76,2 % Stimmenanteil. Gegenüber der vorangegangenen **Wahl in 2008** (78,6 %) bedeutet dies jedoch einen leichten Verlust.

Die **Frauenquote** ist erneut sensationell von bisher 56 auf 64 Prozent gestiegen. Somit bleibt Ruanda das erste und einzige Land weltweit dessen Parlament mehrheitlich aus Frauen besteht.

6 Mio. von ca. 10,5 Mio. Ruander waren wahlberechtigt. Auch wenn es in Ruanda keine Wahlpflicht gibt, lag die Wahlbeteiligung mit 98 % ausgesprochen hoch. Dies ist zum großen Teil dem allgemein vorherrschenden Druck an kollektiven gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen, zuzuordnen.

Präsidentschaftswahlen



Präsidentschaftswahlen 2017 -
Wahlkampfveranstaltungen mit Volksfestcharakter
2017 in allen 30 Distrikten des Landes
© Mugisha Don de Dieu (CC BY 2.0)



Bild: Rwanda National Electoral Commission

Die letzten **Präsidentschaftswahlen** fanden planmäßig (fast auf den Tag genau nach sieben Jahren Amtszeit) am 4. August 2017 statt. Mit dem amtlichen Endergebnis von 98,79 % wurde der amtierende Präsident Kagame zum dritten Mal im Amt bestätigt. Schon im Vorfeld bestand kein Zweifel am Ausgang dieser Präsidentschaftswahlen. Einzig festzuhaltende Beobachtungen dabei sind die landesweit friedliche Stimmung beim Urnengang sowie die fast hundertprozentige Wahlbeteiligung.

Das sehr hohe **Wahlergebnis** für Präsident Paul Kagame wurde an sich weitgehend kaum in Frage gestellt. Die eigentliche Fragestellung gilt dem außergewöhnlichen **Wahlkampf**. Dabei demonstrierten der Präsident und seine Regierungspartei RPF ihre überwältigende Überlegenheit. Mit großem Gefolge hielt Kagame **Wahlkampfveranstaltungen** mit Volksfestcharakter in allen 30 Distrikten des Landes ab. Alle Veranstaltungen überboten sich mit Rekordzahlen beteiligter Anhänger. Dagegen konnten die zwei weiteren **Kandidaten** jeweils nur bescheidene Menschenmengen um sich versammeln.

Die nächsten Präsidentschaftswahlen werden nach einer siebenjährigen Legislaturperiode im Jahr 2024 erwartet.

Begrenzung der präsidentiellen Amtszeit - Verfassungsreform

Im Laufe des Jahres 2015, d. h. ca. zwei Jahre vor Ende der zweiten Legislaturperiode von Präsident Paul Kagame, wurde die hochspannende Kandidatenfrage intensiv diskutiert. Grund der Debatte waren politische Stabilitätsprobleme, die als Konsequenz eines Machtwechsels befürchtet werden. Der amtierende Präsident gilt seit dem neuen Anfang in 1994 als alleiniger **Garant** der heute herrschenden Sicherheit und Stabilität des Staates. Er durfte jedoch laut Verfassung, welche - in der damaligen Version - das Präsidentenamt auf zwei Mandate begrenzte, in 2017 nicht mehr zur Präsidentschaftswahl antreten. Alternativen waren jedoch kaum vorstellbar. Demzufolge wurde eine Verfassungsänderung mit dem Ziel debattiert, Paul Kagame einen Verbleib im Amt zu ermöglichen. Dieser Debatte galt eine erhöhte internationale Aufmerksamkeit. Es wurde ein Machtszenario befürchtet, bei dem ein Übergang immer schwerer und ein Machtmissbrauch immer wahrscheinlicher wird. Für das ruandische Regime war eine Verfassungsänderung mit der Befürchtung eines Glaubwürdigkeitsverlustes gegenüber der internationalen Gebergemeinschaft verbunden.

Mitte 2015 wurden konkrete Schritte zur Umsetzung der intensiv diskutierten Verfassungsreform eingeleitet. Als erstes wurde von der Regierungspartei (RPF) eine groß angelegte **Mobilisierungskampagne** angestoßen, welche eine überwältigende Zahl von mehr als 3,7 Millionen Bürger hinter sich brachte. Die daraus resultierende Unterschriftensammlung wurde in einer Petition

bei der Parlamentspräsidentin eingereicht. Dadurch wurde der **Verfassungsreformprozess** in Gang gesetzt. Inhaltlich ging es darum, dem amtierenden Staatsoberhaupt Paul Kagame eine dritte Kandidatur bei den im Jahr 2017 stattgefundenen Präsidentschaftswahlen zu ermöglichen. Im weiteren Verlauf wurden entsprechende Artikel in der Verfassung durch das Parlament geändert. Ein neuer Verfassungsentwurf wurde von beiden Parlamentskammern einstimmig **verabschiedet** und schließlich der Bevölkerung in einem Referendum vorgelegt.

Am 18. Dezember 2015 fand der Bürgerentscheid statt. Mit überwältigender Mehrheit von 98 % Zustimmung wurde die geänderte Verfassung erwartungsgemäß beschlossen. Überraschenderweise ist die Begrenzung der Mandate auch in der **neuen Version der Verfassung** auf zwei Perioden bestehen geblieben, die Legislaturperiode wurde sogar von sieben auf fünf Jahre verkürzt. In einem neuen Artikel (172) wird jedoch eine Übergangsperiode eingeführt, während ausschließlich der amtierende Präsident Paul Kagame eine erneute siebenjährige Amtsperiode bestreiten darf. Erst danach tritt die neue Regelung in Kraft. Für Präsident Kagame besteht, je nach Interpretation der Änderung, die theoretische Möglichkeit bis zum Jahr 2034 im Amt zu bleiben.

Das insgesamt sehr aufwendige Prozedere galt als Formsache. Der amtierende Präsident und seine Partei kontrollieren alle Bereiche des Staates, Medien, politische Bildungs- und Abstimmungsprozesse. Andererseits genießt Präsident Kagame, aufgrund seiner beachtlichen Erfolge im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Stabilität und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes nach dem Genozid von 1994, eine sehr hohe Anerkennung und Popularität in großen Teilen der Bevölkerung.

Die Beschlüsse um das dritte Mandat von Präsident Kagame wird von der **internationalen Gemeinschaft** und insbesondere seitens der Entwicklungspartner unterschiedlich **bewertet**. Dies spielt eine wichtige Rolle, da die Zusammenarbeit dadurch beeinflusst werden könnte. **Kritische Stimmen**, z.B. aus den USA, sehen hinter dem gesamten Prozess um die Verfassungsreform eine systematisch durchgeplante politische Inszenierung. Es überwiegen jedoch, u.a. auch aus Deutschland, zurückhaltende bis neutrale Reaktionen.

Zivilgesellschaft

Mit dem Neuanfang in Ruanda nach dem Genozid 1994 haben sich Aktivitäten nahezu aller **zivilgesellschaftlicher Organisationen** jahrelang auf die Nothilfe beschränkt. Zu den Hauptzielgruppen zählte eine Vielzahl von unter den Folgen des Völkermordes leidenden sozialen Gruppen wie Witwen, Waisenkinder, traumatisierte Menschen usw.

Während sich das Land in der Zwischenzeit im sozio-ökonomischen Bereich signifikant erholt hat, steckt die Entwicklung der Zivilgesellschaft weiterhin in den Kinderschuhen. Hintergründe dieses Rückstandes bilden eine Vielzahl von Faktoren: Für die überwältigende Bevölkerungsmehrheit bleibt die Versorgung von Grundbedürfnissen nicht ausreichend gewährleistet. Der Kampf um die persönliche Bewältigung des Alltags steht für viele im Vordergrund, für soziales Engagement bleibt meist kaum Freiraum. Alleine der Elite kommt eine partizipative Rolle zu. Die Einbindung der Bürger wird ferner durch diverse Postkonflikt-Erscheinungen gehindert wie das vorherrschende Misstrauen innerhalb der Gesellschaft, dem fortdauernden Prozess der Aufarbeitung des Völkermordes, der Angst vor einem **möglichen Rückfall** ins Klima der Gewalt und andere traumatische Zustände. Zusätzlich wird der notwendige Zugang zu Information durch das bestehende unzureichende Bildungsniveau mit der niedrigen Alphabetisierungsrate der Bevölkerung (ca. 70 %) erschwert.

Der politische Rahmen der vergangenen Jahre ist in Bezug auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft ungünstig. Das autoritär auftretende Regime neigt zur umfassenden Kontrolle aller gesellschaftlichen Aktivitäten. Mit strengen Sicherheitsmaßnahmen setzt der Staat seine klare politische Linie durch.

Für divergierende Initiativen besteht kaum Freiraum.

Seit 2008 werden jedoch die **rechtlichen Rahmenbedingungen** für die Zivilgesellschaft in Ruanda einer umfassenden Reform unterzogen.

Neue gesetzliche Regelungen für **nationale und internationale NGOs** sowie religiöse Organisationen sind seit 2012 in Kraft. Darin zeichnet sich eine Abkehr von der in weiten Teilen Afrikas zu beobachtenden Entwicklung ab, zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre Aktivitäten beschränken zu wollen. Hierbei ist stattdessen ein neuer Versuch erkennbar, über die Zivilgesellschaft die Bürger verstärkt in politische Prozesse einzubinden und ihnen damit mehr Teilhabe an der Entwicklung des Landes zu ermöglichen. Zur abschließenden Beurteilung dieser Beobachtung muss die tatsächliche Umsetzung der neuen Bestimmungen abgewartet werden.

Menschenrechte

Eine positive Meldung ist die vollständige **Abschaffung der Todesstrafe** im Juli 2007. Dieses wurde ausschließlich aus politischem Interesse beschlossen. Damit wollte die Regierung das größte Hindernis für eine Überweisung von Angeklagten durch das Internationale Strafgericht für Ruanda an die Justiz in Ruanda beseitigen.

Die Menschenrechtslage in Ruanda bleibt im Allgemeinen kritisch. In einigen Bereichen sind jedoch Verbesserungen zu beobachten. Problematisch waren z.B. die Situation in den Gefängnissen. Insassen mussten oft jahrelang weder mit regulären Akten noch konkreter Beweisführung auf Gerichtsverhandlungen warten. Viele von ihnen wurden von Gacaca-Gerichtsverfahren mit gemeinnützigen Arbeitszeiten bestraft. Dies führte dann für die überfüllten Gefängnisse zu verbesserten Haftbedingungen.

Ein Gesetz aus dem Jahr 2008, das Divisionismus, Leugnung des Genozids und Verbreitung einer Genozid-Ideologie unter Strafe stellt, wurde mehrmals angewandt, um z.B. Journalisten zu verhaften. Dabei wurden fehlende präzise Formulierungen des Gesetzes kritisiert, da diese die Möglichkeit zuließ, diverse Gerichtsentscheidungen mit diesem sogenannten „Anti-Genozid-Gesetz“ zu begründen.

Inzwischen wurde -im Jahr 2013- das genannte Gesetz überarbeitet. Die **revidierte Version** enthält mehrere Verbesserungen einschließlich einer genaueren Definition der Straftat und die deutliche Herabsetzung der maximalen Haftstrafe von 25 auf 9 Jahre.

Auch Ausländer unterliegen der Gefahr einer Verhaftung, sollten sie der Leugnung des Genozids verdächtigt werden. Im Juni 2010 wurde der US-Amerikanische Jurist **Peter Erlinder in Kigali verhaftet**. Ihm wurde ein systematisches **Leugnen des Genozids in Ruanda** durch seine Publikationen zur Last gelegt.

Der im April 2002 verhaftete **frühere Staatspräsident Bizimungu** wurde wegen illegaler politischer Aktivitäten und des Schürens ethnischer Gegensätze im Juni 2004 zu 15 Jahren Haft verurteilt, wurde aber inzwischen durch eine Amnestie des Präsidenten wieder frei gelassen.

Eine 1999 gegründete **nationale Menschenrechtskommission** verfügt über Untersuchungs- und Interventionsbefugnisse, es besteht allerdings **Kritik** an der Effizienz der Kommission und ihrer Regierungsunabhängigkeit.

Im Dachverband CLADHO (Collectif des Ligues et Associations de Défense des Droits de l'Homme) sind fünf nichtstaatliche Menschenrechtsorganisationen vereint. **LIPRODHOR** (Ligue Rwandaise pour la Promotion et la Défense des Droits de l'Homme) wirkt im Justizbereich ebenso wie die **LDGL** (Ligue pour les droits de l'Homme dans la region des Grands Lacs) als regierungskritische, unabhängige Organisation. **IBUKA** (Association des rescapés du Génocide) nimmt sich der Interessenvertretung der Genozidüberlebenden an.

Medienlandschaft und Pressefreiheit



Titelseiten der beliebten Boulevard-Zeitungen Umuseso und Umuvugizi, Photo: Kigali Wire

Der Mediensektor in Ruanda ist noch sehr jung und hat mit ernsthaften Defiziten zu kämpfen. Um seine Rolle und Anerkennung als "vierte Gewalt" gerecht zu werden bedarf es die noch sehr schwachen Strukturen sowie die sowohl personell als auch finanziell unzureichende Ausstattung erheblich zu verbessern.

Im Jahr 2013 wurde das **Mediengesetz reformiert**. Das vorherige **Mediengesetz** aus dem Jahr 2009 wirkte sich insgesamt stärker einschränkend u.a. auf die Pressearbeit aus. Es sah beispielsweise vor, dass Journalisten nur mit einem entsprechenden Abschluss bzw. Zeugnis ihre Tätigkeit ausüben durften, eine Einschränkung, die zwischenzeitlich aufgehoben wurde.

Neue Ansätze sind u.a. die Einführung von Selbstregulierungsmechanismen. Medienakteure erhoffen sich daraus weniger staatliche Kontrolle. Die umstrittene Rolle des früheren dominierenden **Media High Council (MHC)**, eine Verbands-Regulierungsbehörde, wurde neu definiert. Bis dahin hatte die MHC die Hoheit über die Medienregulierung im Land, einschließlich der Akkreditierung von Journalisten und Lizenzierung von Medienhäusern sowie der Zuständigkeit für die Förderung und den Schutz der Medienfreiheit und -unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit der Institution wurde jedoch in Frage gestellt, da diese als Handlanger der Regierungspartei RPF gilt. Heute liegt die Kernaufgabe der MHC im Bereich Capacity Building, mit dem Fokus auf dem Aufbau eines professionelleren Journalismus. Die aktuelle Mediengesetzgebung, wenn konsequent umgesetzt, hat das Potenzial, die Rahmenbedingungen in der Medienlandschaft signifikant zu verbessern.

Ruandas **Medienlandschaft** zählt einen staatlichen sowie ein Dutzend private **Fernsehsender**, rund 35 **Radiostationen** und rund 30 bzw. 50 Online- und **Printmedien**. Das frühere ORINFO (Office Rwandais d'Information), eine staatliche Pressebehörde, wurde ab 2011 zur **Rwanda Broadcasting Agency (RBA)** umstrukturiert. Seit 2013 betreibt die neue Rundfunk-Agentur mit mehr eigenständigem Gestaltungsrahmen **Radio Rwanda** (ein UKW- und KW-Programm) sowie das **staatliche Fernsehen**, im Schriftbereich die Wochenzeitung **IMVAHO NSHYA** (nur auf Kinyarwanda) und die 14-tägig erscheinende

Zeitung NOUVELLE RELEVÉ.

Die auflagenstärkste Zeitung ist, neben IMVAHO NSHYA, die Militärzeitung INGABO (monatlich). Die älteste Zeitung Ruandas, die katholische Zeitung Kinyamateka, hat ihr Erscheinen inzwischen eingestellt. Die wichtigsten Oppositionszeitungen sind UMUSESO und UMUCO.

Englischsprachig dominiert die regierungsnahe Tageszeitung *The New Times*. Populär sind die Medienplattformen *IGIHE* und *Kigali Today*, welche sowohl jeweils eine Printausgabe als auch ein umfangreiches multimediales Angebot aufweisen. Außerdem erscheinen wöchentlich *The Chronicle*, *Newsline* und *Focus*. Französischsprachig erscheint ebenfalls wöchentlich *Grands Lacs Hebdo*. Die *Presseagentur RNA* (Rwanda News Agency) veröffentlicht täglich Pressedepeschen.

Die internationalen Radiosender Deutsche Welle, *RFI*, *BBC* und *Voice of America* sind in Kigali über UKW zu empfangen.

Auch in Ruanda spielt das Internet als Informationsmedium eine immer bedeutendere Rolle. In den letzten Jahren hat sich der *Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien* (IKT), und dadurch die Verfügbarkeit und Zugang zu Informationen in Ruanda verbessert. Mit dem Ziel eine leistungsfähige Informationsökonomie zu entwickeln, hat die Regierung Investitionen in den Aufbau der Internetinfrastruktur und anderer IKT Priorität eingeräumt. Laut einem Bericht der Sektor-Regulierungsbehörde *Rwanda Utilities Regulatory Agency* (RURA) aus dem Jahr 2018, hat 47,8 Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet. Schätzungen der *International Telecommunication Union* (ITU) waren niedriger und lagen im Jahr 2017 bei 20 Prozent.

Die *Pressefreiheit* in Ruanda gilt bei den meisten Beobachtern als stark eingeschränkt. Auch im Bereich der Online-Medien werden *Verstöße* gegen die Presse- und Informationsfreiheit beobachtet. Namhafte Nichtregierungsorganisationen, wie z.B. *Reporter ohne Grenzen*, stufen Ruanda im Weltvergleich weit hinten ein (Platz 155 von 180 in der *Rangliste der Pressefreiheit 2020*). Öffentliche Berichterstattung findet grundsätzlich in einem streng überwachten Raum statt. Zur Begründung dieser Einschränkungen werden seitens der Regierung die *Auswirkungen* der *Hetzkampagnen* in den *Medien vor und während des Genozids 1994* angeführt. Damals hatten *Hassmedien*, in erster Linie der berüchtigte Sender *RTL*M (Radio

Television des Milles Collines), mit radikaler Propaganda erfolgreich zur Massenmobilisierung beigetragen. Gleichwohl wird der Regierung Ruandas auch vorgeworfen den Verknüpfungseffekt der eingeschränkten Pressefreiheit mit dem Völkermord als politisches Instrument zu missbrauchen.

Einheimischen Journalisten, die gegenüber der Regierung eine kritische Haltung einnehmen, wird grundsätzlich mit Misstrauen begegnet. Es hat in der Vergangenheit mehrere Fälle von **Gewalt gegen Journalisten** gegeben. Gerade im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2010 kam es wiederholt zur massiven Einschränkung der Meinungsfreiheit und **zum Verbot** von regierungskritischen Medien. So wurden beispielsweise gegen **Umuseso und Umuvugizi**, den früheren meistgelesenen Boulevard-Zeitungen des Landes, wegen angeblicher Verletzung des Medienrechts und Anstiftung zur Störung der öffentlichen Ordnung, ein Erscheinungsverbot verhängt.

Außenpolitische Themen

Das Land im regionalen und internationalen Kontext



Die Präsidenten Bush und Kagame bei der Einweihung der neuen US-Botschaft in Kigali, 2008 © Village Urugwiro

Der ruandische Staat ist von einigen multilateralen (**Weltbank, IWF, EU** und **AfDB**) und bilateralen Gebern, wie Großbritannien und den USA, stark **wirtschaftlich abhängig**. Demzufolge stehen diplomatische Beziehungen zu diesen Entwicklungspartnern im Mittelpunkt der Außenpolitik. Langfristig zielt Ruandas Führung auf den **sukzessiven Abbau** dieser Abhängigkeit. Zu den Schwerpunkten der ruandischen Außenpolitik zählen die Intensivierung der laufenden regionalen Integration in **die Ostafrikanische Gemeinschaft** (EAC), die Konsolidierung der Beziehung zum westlichen Nachbarland Demokratische Republik Kongo sowie die Verbesserung des Landes-Images, mit dem Ziel potenzielle Investoren und Touristen anzuziehen.

Ruanda spielt eine **aktive Rolle bei Friedensmissionen** der Vereinten Nationen bzw. der Afrikanischen Union. Ca. 6500 Ruandische Soldaten und Polizisten sind (Stand Januar 2019) derzeit an Friedenseinsätzen in Darfur, Mali, Zentralafrikanische Republik und dem Südsudan beteiligt. Damit zählt Ruanda zu den drei **stärksten Truppen stellenden Länder** für UN-Friedensmissionen weltweit.

In den Jahren 2013 und 2014 saß Ruanda zuletzt als nichtständiges Mitglied für eine zweijährige Wahlperiode **im UN-Sicherheitsrat**.

Die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC)

Das Verhältnis zu den ostafrikanischen Nachbarn wird grundsätzlich vom Streben nach **regionaler Integration** beherrscht. Der **Beitritt Ruandas und Burundis** in die zuvor aus den Ländern Kenia, Tansania und Uganda bestehende **Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC)** erfolgte im Juni 2007. Seither wurden gemeinsame **Institutionen** geschaffen und mehrere **Protokolle** unterschrieben, die darauf abzielen die Gemeinschaft respektiv zu einer Wirtschafts- und politischen Union zu führen. Ruanda spielt dabei eine aktive Rolle. Mit **Richard Sezibera** stellte Ruanda zwischen 2011 und 2016 den 4. Generalsekretär der EAC.

Der Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo



Provinzen Nord- u. Sudkivu im Osten der D.R. Congo, Foto: MONUC

Die Regionalpolitik wird seit einigen Jahren wesentlich vom Konflikt im **Osten der Demokratischen Republik Kongo** geprägt. Von dort aus operieren mehrere Rebellenorganisationen, darunter die gegenüber der ruandischen Regierung feindlich agierende Rebellenarmee "**Front de Libération du Rwanda (FDLR)**".

Konfliktporträt



US Secretary of State Hillary Clinton in Goma, Foto: MONUC

In den sogenannten Kongokriegen (zeitweise auch **Erster Afrikanischer Weltkrieg** genannt), die dem Völkermord in Ruanda folgten, standen sich in der DR Kongo von 1996 bis 2002 Ruanda, mit seinen Verbündeten Uganda und Burundi und die u.a. durch Angola, Simbabwe und Namibia unterstützte Armee der DR Kongo gegenüber.



General Laurent Nkunda, Foto: MONUC

Nach mühsamen Verhandlungen unter Beteiligung der internationalen Staatengemeinschaft kam es zu einer Einigung, die einen offiziellen Truppenrückzug der fremden Mächte ermöglichte. Danach gingen jedoch die Kampfhandlungen in Form von Rebellenkriegen, hauptsächlich im östlichen Teil des Landes, weiter.

Eine der hauptbeteiligten Rebellengruppen war der mit Ruanda verbündete und von **General Laurent Nkunda** angeführte **Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes (CNDP)**. Nkunda ist Angehöriger der Volksgruppe der **Banyamurenge** – einer ursprünglich aus Ruanda stammenden Tutsi-Minderheit, die in den Kivu-Provinzen bereits seit der Vorkolonialzeit ansässig ist. Diese Bevölkerungsgruppe kämpft seit Jahren ohne Erfolg um rechtliche Anerkennung als Bürger des Landes. Stattdessen sah sich die Gemeinschaft im Laufe der jüngsten Geschichte auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit mehrmals diskriminiert, politisch instrumentalisiert und massiven Drohungen und Repressalien ausgesetzt. Der CNDP sowie dessen Vorläufer- und

Nachfolgeorganisationen sehen sich als legitime Beschützer der Banyamurenge.

Im Jahr 2004 lehnte General Nkunda die zwischen der kongolesischen Regierung und verschiedenen Rebellengruppierungen ausgehandelte Übergangsregierung ab und zog sich in die Provinz Nordkivu zurück. Von dort aus kontrollierte er über einen Zeitraum von ca. fünf Jahren ein großes Einzugsgebiet, das seine Truppen im Kampf sowohl gegen die kongolesische Regierungsarmee als auch gegen die zweite Hauptrebellengruppe **FDLR** (Forces Démocratiques de Libération pour le Rwanda) verteidigte. Schließlich änderte die ruandische Führung ihre Strategie und meldete im Januar 2009 die **Festnahme Nkundas** auf ruandischem Staatsgebiet nahe der Grenze zum Kongo. Dies erfolgte im Rahmen einer **politischen Einigung** zwischen den langjährigen Konfliktländern Ruanda und der DR Kongo, was zur Integration von CNDP-Kämpfer in die Nationalarmee, zu deutlich **verbesserten Beziehungen** beider Länder und einer Zusammenarbeit im Kampf gegen die FDLR-Hutu-Milizen führte.

Die FDLR

Die FDLR ging aus Teilen der ehemaligen ruandischen Armee und den extremistischen Hutu-Milizen hervor, die im Jahr 1994 in Ruanda den Genozid an der Tutsi-Bevölkerungsgruppe verübt haben. Erklärtes Hauptziel dieser bewaffneten Gruppierung ist der Kampf gegen das aktuelle Regime in deren Heimatland Ruanda. Mit einer **gezielten Kriegsführung** schafft es die FDLR seit Jahren ganze Landstriche in den benachbarten ostkongolesischen Kivu-Provinzen zu kontrollieren.

Die FDLR-Rebellen sind für den Einsatz von Terror und **brutalster Gewalt** gegen die Zivilbevölkerung, wie **Massenvergewaltigungen** und Verstümmelungen, bekannt.

Im November 2009 wurden zwei **politische Anführer der FDLR**, der Präsident **Ignace Murwanashyaka** und sein Stellvertreter Straton Musoni in Deutschland **festgenommen**, wo sie **seit mehreren Jahren gelebt** haben und von wo aus sie ca. zehn Jahre lang die Rebellenorganisation führten. Ihnen wurden schwerwiegende Kriegsverbrechen und Verstöße gegen das Völkerrecht vorgeworfen. Ende September 2015 erfolgte deren **Verurteilung** nach einem vier Jahre dauernden **aufwendigen Gerichtsprozess** vor dem Oberlandesgericht Stuttgart. Murwanashyaka, der wegen Rädelführerschaft einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zu Kriegsverbrechen zu 13 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, **starb im April 2019** in Haft. **Musoni**, der zu 8 Jahren Haft verurteilt wurde, ist während der Urteilsverkündung freigelassen worden. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits 6 Jahre lang in Haft gewesen.

Der Bundesgerichtshof hatte im Dezember 2018, in der **Revision** das Urteil teilweise aufgehoben und an das OLG Stuttgart zurückverwiesen. Die BGH hat die Feststellungen wegen Rädelführerschaft bestätigt, und zudem die Verbrechen der FDLR nicht nur als Kriegsverbrechen sondern als **Verbrechen gegen die Menschlichkeit** neu gewertet. Zur Klärung der Beihilfe wäre ein neuer Anlauf des Prozesses in Stuttgart, dessen Anfang im Mai 2019 erwartet war, notwendig gewesen. Der Hauptangeklagte Murwanashyaka starb kurz davor.

M23

Der Name **M23** ist die Abkürzung für "Mouvement du 23 Mars" und geht auf den 23. März 2009 zurück. Damals wurde ein Abkommen zwischen der Regierung und der damaligen, in den Kivu-Provinzen stark verankerten Rebellengruppe CNDP unterzeichnet, welches die Integration von CNDP-Militäreinheiten in die kongolesische Armee besiegelte.

Im April 2012 kam es in Goma zu einer **Meuterei** innerhalb der kongolesischen Armee, in deren Folge zahlreiche Kämpfer, überwiegend Angehörige der ehemaligen Rebellenbewegung CNDP, desertierten, unter anderem mit der Begründung, dass die Regierung ihre damaligen bereits genannten Vereinbarungen vom 23. März 2009 nicht eingehalten habe. Diese gründeten in den Regionen nahe der ruandischen und ugandischen Grenze die neue Gruppierung M23 und lieferten sich schwere Gefechte mit den Regierungstruppen.

Zunächst bekämpften die M23-Rebellen die von UN-Truppen unterstützte nationale Armee so erfolgreich, dass sie es sogar schaffte Goma, die wichtigste Stadt Ostkongos, im November 2012 **einzunehmen**. Erst nach internationalem Druck, sowie der Zustimmung von zuvor - durch Kongos Präsident Kabila - abgelehnten Direktverhandlungen, zogen sich die M23-Soldaten wieder **aus Goma** zurück.

Ab Dezember 2012 starteten in Kampala unter ugandischer Vermittlung Verhandlungen zwischen Vertretern der M23 und der kongolesischen Regierung. Diese konnten jedoch keine Erfolge verzeichnen.

Als bedeutende internationale Maßnahme unterzeichneten am 24. Februar 2013, am Rande eines Treffens der Afrikanischen Union in Addis Abeba und im Rahmen der "International Conference on the Great Lakes Region (ICGLR)", 11 Staaten der Region ein **Rahmenabkommen**, in dem sich die Demokratische Republik Kongo, Ruanda und Uganda, im Beisein des UN-Generalsekretärs, der Kommissionspräsidentin der Afrikanischen Union und des **SADC**-Präsidenten, u.a. einverstanden erklärten, keine bewaffneten Gruppen mehr zu unterstützen.

Ende Februar 2013 kam es zu einer **Spaltung** der M23 und zu mehrere Tage andauernden blutigen Kämpfen innerhalb der Bewegung. Schließlich entschied die von **General Sultani Makenga** angeführte Fraktion die innere Auseinandersetzung für sich. Ca. 600 Mitglieder der unterlegenen Fraktion, einschließlich des damaligen politischen Anführers Runiga sowie dem vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchten **General Bosco Ntaganda**, retteten sich über die Grenze nach Ruanda. **Bosco Ntaganda begab sich** am 18. März 2013 in die US-Botschaft in Kigali, von wo aus er, nach eigenem Ersuchen, an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag überstellt wurde.

Ende März 2013 beschloss der UN-Sicherheitsrat, zur Verstärkung der bestehenden Mission (MONUSCO), eine aus 3069 Soldaten bestehende **Interventionsbrigade** mit einem offensiveren Mandat einzurichten. Als Truppensteller boten sich die Länder Tansania und Südafrika an. Der besondere Auftrag der neuen Brigade bestand darin, aktiv gegen Rebellengruppen im Osten der Demokratischen Republik Kongo vorzugehen.

Ende August 2013 eskalierten die Kämpfe zwischen M23 und kongolesischen Regierungstruppen nördlich von Goma. **Zum ersten Mal** griffen Kampftruppen aus Südafrika und Tansania im Rahmen der UN-Mission aktiv an der Seite der Regierungstruppen ein. Dabei wurden wichtige **Geländegewinne** gegenüber M23 verzeichnet. Bei Artilleriebeschuss wurden Zivilisten in der Provinzhauptstadt Goma getötet und verletzt. Als auch über die Grenze hinweg **auf ruandischem Boden** Geschosse einschlugen und Opfer forderten, versetzte Ruanda seine Armee in Kampfbereitschaft Richtung Grenze. Diese Reaktion rief Befürchtungen eines regionalen Flächenbrandes hervor, woraufhin ein Dringlichkeitsgipfel der ICGLR (Internationale Konferenz der Region der Großen Seen) in Kampala einberufen wurde. Das **Gipfeltreffen** der ICGLR beschloss eine sofortige Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen der Regierung der DR Kongo und der Rebellenbewegung M23.

Während **Friedensverhandlungen** in Ugandas Hauptstadt Kampala andauerten, wurde der an den Kriegsfronten herrschende prekäre Waffenstillstand gebrochen.

Anfang November 2013 schafften es die inzwischen besser organisierten und mit verbesserter Ausrüstung kämpfenden kongolesischen Regierungstruppen, mit entscheidender Unterstützung der UN-Eingreiftruppen, die letzten Bastionen in Nordkivu zu **erobern** und die Bewegung M23 zu besiegen.

Schätzungen zufolge flüchteten 1500 M23-Kämpfer und ihre Kommandeure über die Grenze nach Uganda. Ein Teil der Kämpfer und Kommandeure setzten sich nach Ruanda ab, wo sie auf ihr **Schicksal** warten.

In den ostkongolesischen Provinzen Nord- und Südkivu **dauert jedoch der Konflikt** weiter an. Unterstützt durch die UN-Mission **MONUSCO** kämpft dort bis heute die kongolesische Nationalarmee gegen Rebellengruppen um die FDLR und **Mayi-Mayi**.

Auswirkungen auf Ruanda

Die Regierung der DR Kongo hat die **Ursache des Konflikts in Ruanda** gesehen. In offiziellen kongolesischen Kreisen wurde behauptet, dass die militärische Aggression der M23-Rebellion von der ruandischen Führung gesteuert wurde. Ferner wurde als Begründung u.a. angeführt, dass Ruanda die Absicht verfolge, die an lukrativen Mineralien rohstoffreiche Grenzregion weiterhin zu destabilisieren, um dadurch sein wirtschaftliches Interesse besser durchsetzen zu können.

Diese Version der Erklärungen wurde von der sogenannten Expertengruppe geteilt, eine im **Auftrag des UN-Sicherheitsrates** operierende Untersuchungsgruppe zur Lage im Osten der DR Kongo. Diese hat bereits in mehreren **Berichten** Ruandas Regierung schwer belastet, wonach sie die M23-Rebellengruppe mit Waffen und Soldaten unterstützen soll. Auf Basis dieser Behauptungen wurde seitens einiger Entwicklungspartner, darunter **Deutschland** (Aussetzung von Budgethilfe), zeitweise mit Einstellung von Hilfsprogrammen reagiert.

Konsequenzen für die Zivilbevölkerung - unendliches Leiden

Im Konfliktverlauf kam es immer wieder zu massiven **Flüchtlingsbewegungen**. Millionen von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und Rückkehrern leben unter **dramatischen Bedingungen**. Eine schwer zu ermittelnde **hohe Anzahl Menschen** (in Medien werden Schätzungszahlen zwischen drei und fünf Mio. genannt) soll in diesem Krieg ums Leben gekommen sein.

Konflikte in den diplomatischen Beziehungen zu Frankreich

Ursächlich für ein besonders **schwieriges Kapitel** in der Geschichte des diplomatischen Verhältnisses Ruandas zum französischen Staat ist die seit Jahren anhaltende Polemik um die Rolle Frankreichs während des Völkermords im Frühjahr 1994. Frankreich war vor und während des Genozids, politisch und militärisch, wichtigster Alliiertes der damaligen ruandischen Regierung. Ferner hat die französische Regierung, gegen Ende des Völkermords, durch eine umstrittene militärische Operation (Opération turquoise), in den Konflikt eingegriffen. Im Gegensatz zu **Belgien, den USA** und **den Vereinten Nationen** (die im Jahr 2000 Selbstkritik leisteten, weil sie nichts gegen den Völkermord

unternommen hatten) hat **Frankreich** bislang weder eine Entschuldigung gegenüber Ruanda angeboten noch eine umfassende Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle gewagt. In politischen Kreisen Frankreichs gab es Anhänger der **These**, wonach Ruandas damalige RPF-Rebellenarmee, unter Führung des heutigen Präsidenten, hinter dem Abschuss der Maschine des früheren Präsidenten gestanden und somit den Völkermord ausgelöst habe.

Ende 2006 eskalierte der diplomatische Konflikt zwischen Paris und Kigali. Ruanda hatte am 24. November 2006 beschlossen, sämtliche **diplomatischen Beziehungen zu Frankreich** abubrechen. Der französische Botschafter musste innerhalb von 24 Stunden das Land verlassen. Auslöser war, wie schon einmal 2004, ein Untersuchungsbericht von **Jean-Louis Bruguière**, ein französischer Antiterrorismus-Untersuchungsrichter. Grund seiner Intervention war die Tatsache, dass die Piloten der abgestürzten Präsidentenmaschine französische Staatsbürger waren.

In einem 64-seitigen Dokument verlangt er die Ausstellung von Haftbefehlen gegen neun führende Persönlichkeiten in Ruanda, die allesamt zur früheren Rebellenführung der RPF und zur näheren oder ferneren Umgebung von Präsident Paul Kagame gehörten.

Eine Entspannung des diplomatischen Konflikts zeichnete sich Ende November 2009 ab. Beide Länder gaben die Entscheidung bekannt, diplomatische Beziehungen wieder aufzunehmen. Die neue französische Regierung von Nicolas Sarkozy, insbesondere der Außenminister Bernard Kouchner, waren bemüht, eine Lösung des Konflikts herbeizuführen. Ende 2010 kam es daraufhin zu einem symbolträchtigen Staatsbesuch Präsident Sarkozys in Ruanda, welcher ca. ein Jahr später von Präsident Kagame erwidert wurde.

Seit dem Besuch Präsident Kagames in Frankreich im September 2011, der erste Besuch eines ruandischen Staatsoberhauptes des ehemaligen strategischen Hauptpartners seit dem Völkermord von 1994, kann man von einer Normalisierung der Beziehungen sprechen. Frankreichs früherer starker Einfluss ist jedoch nachhaltig geschwunden. Durch einige politische Entscheidungen der letzten Jahre ist eine neue Positionierung Ruandas zu Gunsten Großbritanniens und den USA verknüpft. Französisch hat z.B. mittlerweile seine frühere Vormachtstellung als offizielle Amtssprache zu Gunsten von Englisch verloren. Ferner wurde am 29. November 2009 Ruanda als **54. Mitglied in den Commonwealth** aufgenommen. Diese positive Entscheidung auf den mit Schwierigkeiten behafteten **Aufnahmeantrag** fiel auf den Tag der **Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen** zu Frankreich.

Beziehungen zu Deutschland



*Bundespräsident Köhler zu Besuch in Ruanda,
Februar 2008 ©Village Urugwiro*

Die Beziehungen zu Deutschland sind seit der kolonialen Vergangenheit (1898-1916) bis heute gut geblieben. Diese eher kurze koloniale Besatzung Deutschlands verbindet man in Ruanda überwiegend mit positiveren Erinnerungen, wie z.B. mit den nie umgesetzten Bauplänen einer regionalen Eisenbahnlinie. Deutschland genießt ein hohes Ansehen als Partner ohne eigennütziges Interesse. Zwischen dem Bundesland Rheinland-Pfalz und Ruanda besteht bereits seit 1982 eine außergewöhnlich enge **Länderpartnerschaft**. In diesem Rahmen sind -über Jahre- nicht nur zahlreiche Entwicklungsprojekte umgesetzt worden, sondern es wurden auch intensive Kontakte zwischen Schulen, Pfarreien, unterschiedlichen

Interessengruppen sowie Einzelpersonen
aufgebaut.

Wirtschaft & Entwicklung

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Die Wirtschaft Ruandas befindet sich seit mehreren Jahren in einer stabilen hohen Wachstumsphase. Aufgrund der geplanten Investitionen, insbesondere zur Behebung der Infrastrukturmängel, kann weiterhin auf mittlere Sicht mit einer hohen realen Zuwachsrate von ca. 6 % gerechnet werden.



Neue Hochhäuser im Zentrum der Hauptstadt Kigali Foto: J. Nshimyumukiza, Feb. 2016

Geschätztes BIP

24,6 Mrd. US-\$ (HDR 2019)

Pro Kopf Einkommen (Kaufkraftparität)

1.959 US-\$ (HDR 2019)

Rang der menschlichen Entwicklung (HDI)

Rang 157 von 189, 2018

Anteil Armut (nat. Armutsgrenze)

39 % (Weltbank)

Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)

43,7 (HDR 2019)

Marktwirtschaft-Status Index (BTI)

Rang 68 von 136 (2020)

Wirtschaftslage

Das BIP-Wachstum des vergangenen Jahres 2019 betrug nach Angaben der ruandischen Regierung (9,4%), der Weltbank rund 10%, und nach **aktuellen IWF-Daten** (10,1 %). Die **Prognosen** für das laufende Jahr wurden aufgrund der COVI-19-Pandemie von rund 9% auf ca. 3,5 % geschätzt.

Die jährlichen Zuwachsraten stützen sich hauptsächlich auf **die Sektoren** Land- und Bauwirtschaft sowie Tourismus. Die Entwicklung der Verarbeitungsindustrie ist erkennbar stetig, diese bleibt jedoch verhältnismäßig gering.

Eine entscheidende Schwachstelle im nationalen **Wirtschaftssystem** stellt das hohe Handelsdefizit

dar. Der Wert der importierten Produkte liegt mehr als doppelt so hoch wie der Exportwert. Lösungsansätze im Bereich der Exportförderung könnten am **Beispiel Bergbau** Teilerfolge verzeichnen. Mit der jüngsten **"Made in Rwanda"-Strategie** zur Erhöhung der Exporte, konnte die Regierung in den letzten Jahren signifikante Erfolge erzielen.

Wie in anderen Bereichen Ruandas wurde auch die sozioökonomische Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte durch die jüngste tragische Geschichte stark geprägt. Bilder eines verwüsteten Landes im Jahr 1994 unmittelbar nach dem Genozid bleiben in Erinnerung. Für die Wirtschaft bedeutete es einen totalen Zusammenbruch und der Verlust einer jahrzehntelangen Entwicklung. Von diesem wirtschaftlichen Zusammenbruch hat sich das Land erstaunlich schnell erholt und weist eine kaum für möglich gehaltene **Entwicklung** auf. Heute gilt Ruanda -im kontinentalen Vergleich- als vorbildlich in der wirtschaftlichen Modernisierung. In der Hauptstadt Kigali entstehen internationale Luxushotels, Einkaufszentren und Bürokomplexe, der Dienstleistungssektor boomt und im Infrastrukturbereich (Energie- und Straßenbauprojekte) hält der Aufschwung der letzten Jahre an. Große Herausforderungen bestehen jedoch weiterhin. Insbesondere im Bereich der Entwicklung von Industrie und in der Landwirtschaft bestehen die größten Arbeitsfelder. Die Ernährung der Bevölkerung stellt eine der größten Herausforderungen überhaupt dar. Das Land ist extrem dicht besiedelt und mehr als 70% der Einwohner leben von ihrer Arbeit in der Landwirtschaft.

Generell befindet sich die **Wirtschaft Ruandas** seit mehreren Jahren in einer stabilen **Wachstumsphase**. Mit jährlichen durchschnittlichen Zuwachsraten um 7 % blieb das **Wirtschaftswachstum** in den letzten Jahrzehnten auf hohem Niveau stabil.

Ausnahmen gab es im Krisenjahr 2009, als das BIP mit 4,5 % erwartungsgemäß niedrig ausfiel. Auch im Jahr 2013 wurde ein vergleichsweise bescheidenes BIP-Wachstum von 4,6 % registriert, was einen starken Rückgang im Vergleich zu 8 % des **Jahres 2012** und den niedrigsten Wert seit 2003 bedeutete. Hintergrund dieses Rückgangs war die Tatsache, dass aufgrund von Vorwürfen, wonach Ruanda die im Osten der benachbarten Demokratischen Republik Kongo kämpfende Rebellenorganisation M23 unterstütze, einige Geberländer ihre Finanzmittelzusagen kurzfristig eingefroren hatten. Dies führte während der zweiten Hälfte des Jahres 2013 zu Verzögerungen bei Haushaltsausgaben. Dadurch offenbarte sich das hohe Ausmaß der wirtschaftlichen Geberabhängigkeit Ruandas woraufhin die Regierung ihre Anstrengungen zur einer schnelleren Reduzierung dieses Abhängigkeitsverhältnisses erhöhte.

Neben den staatlichen Einkünften aus Steuereinnahmen, erfolgt die zusätzliche Staatsfinanzierung durch **Budgethilfe** der internationalen Gebergemeinschaft und Kreditaufnahmen, welche im **Fiskaljahr 2019/2020** 14 bzw. 18 % des nationalen Jahreshaushalts darstellen.

Ruanda genießt einen recht guten Ruf hinsichtlich verantwortlicher Mittelverwendung, Wirtschaftsreformen und Armutsbekämpfung. Seitens der Geber ist dennoch in Zukunft mit Unsicherheiten bei Zuflüssen zu rechnen, unter anderem da Ruanda vorgeworfen wird eine negative Rolle in benachbarten konfliktreichen Ländern (Ost-Kongo und Burundi) zu spielen.

Wirtschaftspolitik



Kigali City Tower - neues Bürogebäude im Stadtzentrum © Nshimyumukiza

Von 2007 bis 2017 stand die Implementierung der Armutsbekämpfungsprogramme (Economic

Development and Poverty Reduction Strategy - **EDPRS 1 und 2**) im Vordergrund. Seit 2017 orientiert sich die Regierung an das Folgeprogramm, The National Strategy for Transformation (**NST**). Wichtige **wirtschaftspolitische Ziele** sind u.a. die Förderung von ausländischen und inländischen Investitionen u.a. durch Ausbau der Infrastruktur bleiben die Kapitalisierung der ländlichen Wirtschaft. Mit einem 2005 verabschiedeten Gesetz zur **Landreform** sollen mehr Anreize zu inländischen Investitionen gegeben werden als im System des "Customer ownership", da nun eine umfassende **Landregistrierung** stattgefunden hat und nachweislich **Landtitel** systematisch erworben werden. Ferner wird die Erhöhung und **Diversifizierung der Exporte** angestrebt. So versucht die Regierung alternative "cash crops" wie Blumen oder Obst zu fördern. Weiter soll die Tee- und **Kaffeeproduktion** intensiviert werden. Eine weitere Investitionsquelle stellen zunehmend **Rücküberweisungen** aus der ruandischen Diaspora dar.

Ruandas Lage in der Mitte einer Region, die über 140 Mio. Einwohner zählt, macht das Land potenziell zu einem strategischen Ausgangspunkt von dem man aus Zugang zu einem signifikanten regionalen Markt hat. Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt Kigali zu einem wichtigen „Hub“ in der Region zu machen. Entsprechend diesem Ziel stehen umfangreiche **Investitionen** im Transportsektor an. Das bestehende Straßenverkehrsnetz wurde bzw. wird gerade rehabilitiert und erweitert. Das Großbauprojekt zur Verlängerung der Eisenbahnlinie vom tansanischen Isaka bzw. von Kampala nach Ruanda und Burundi befinden sich in Planungsphasen. Im Bereich des Luftverkehrs gehört, neben der bereits erfolgten Modernisierung des Flughafens Kigali, befindet sich der langfristig geplante Bau eines neuen internationalen Flughafens in Bugesera - südlich der Hauptstadt - im Bau. Die Fertigstellung wird im Laufe des Jahres 2020 erwartet.

Eine weitere Maßnahme, die die Rolle Ruandas als regionales Handelszentrum zwischen den Märkten und Häfen Ostafrikas und dem Ostkongo bzw. Burundi stärken soll, ist die bereits umgesetzte Gründung und anstehende Erweiterung einer industriellen "Special Economic Zone" (**SEZ**) bei Kigali.

Entsprechende Zeichen setzten auch die fortlaufenden marktorientierten **Reformmaßnahmen der Regierung** für die Wirtschaft. Eine Politik, die Ruanda zu besonderer Anerkennung der internationalen Geber und Partnerländer verhilft. Dies zeigt unter anderem die relativ vordere Einstufung im Rahmen des jährlichen "**Doing Business-Report**", ein von der Weltbank veröffentlichter Bericht, der Reformen zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas weltweit analysiert. Im aktuellen Bericht erreichte Ruanda Platz 38 von 190 Staaten im globalen Vergleich und belegt damit hinter Mauritius (Rang 13) den zweiten Rang auf dem afrikanischen Kontinent. Der Report gilt als hoch angesehenen Indikator und Wegweiser für ausländische Investoren.

Wie in anderen afrikanischen Ländern spielt die Partnerschaft mit China eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung Ruandas. Chinas Hauptinteresse in Ruanda liegt nicht - wie es oft in anderen Ländern der Fall ist- in Ausbeutung natürlicher Ressourcen (Mineralien und Land), sondern in anderen Aktivitäten. Die meisten größeren Infrastrukturprojekte Ruandas werden beispielsweise durch chinesische Baufirmen durchgeführt, die sonst begleitende Einsetzung chinesischer Manpower wird jedoch durch Restriktionsmaßnahmen eingeschränkt. Ferner investieren chinesische Unternehmen in Produktions- und Serviceindustrie zusätzlich zum Einzelhandel. China sieht offensichtlich das Land als Ausgangspunkt für die Expansion seiner Präsenz in der Region. Die langfristigen **Investitionspläne Chinas** in Ruanda wurden durch die Auswahl von Kigali als eine der drei Stationen von Chinas Präsident, Xi Jinping, auf seiner jüngsten Afrikareise im Juli 2018 deutlich.

Sektoren der Wirtschaft

Landwirtschaft



Teeplantage Kitabi im Süden Ruandas © ORTPN

Die das gesamte Land prägende Agrarlandschaft ist durch terrassierte grüne Hänge, Streusiedlungen, stark parzellierte Anbauflächen sowie eine Vielfalt von Kulturpflanzen charakterisiert.

Die **Landwirtschaft** ist die Grundlage der ruandischen Wirtschaft. Etwa 75 % der Bevölkerung lebt direkt von der Landwirtschaft sowie von der Verarbeitung und Vermarktung der agrarischen Erzeugnisse. Der primäre Sektor trägt mit 39 % zum Bruttoinlandsprodukt bei, die meisten Arbeitsplätze hängen maßgeblich davon ab. Rund 50 % der Exporterlöse werden durch Agrarprodukte wie Kaffee und Tee erzielt, sowie Pyrethrum (Blüten zur Herstellung von Insektiziden), Blumen und Chinarinde in geringen Mengen. Dies findet jedoch unter ausgesprochen schwierigen Rahmenbedingungen statt:

- Die Fruchtbarkeit der Böden ist regional unterschiedlich, nährstoffarme, saure und tropische Böden überwiegen. Die vulkanischen Böden im Norden des Landes sind dagegen sehr fruchtbar. Die milden Jahrestemperaturen und die geringen Temperaturschwankungen im Laufe des Jahres ermöglichen normalerweise zwei Ernten pro Jahr.
- Der fortschreitende **Klimawandel** erhöht den Druck und fordert akute Lösungsmöglichkeiten. In Ruanda sind bereits steigende Temperaturen und veränderte Niederschlagsmuster zu verzeichnen. Zunehmende Extremereignisse wie Überschwemmungen und Erdbeben, welche häufig Todesfälle und allgemeine Verwüstung hinterlassen sind an der Tagesordnung.
- Die extrem hohe Besiedlung sowie das ebenfalls hohe jährliche Bevölkerungswachstum haben eine Bodenverknappung und begrenzte **Landreserven** zur Folge, welche weiter abnehmen. So verfügen kleinbäuerliche Familien im Durchschnitt nur noch über weniger als einen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Etwa zwei Drittel der Gesamtfläche des Landes wird landwirtschaftlich genutzt.
- Dazu kommt der schwierige Ackerbau auf Steilhängen im „Land der tausend Hügel“. Diese landestypische, hügelige Naturbeschaffenheit führt, bei häufigen, für diese geographische Lage (zwischen 1° und 3° südlich vom Äquator) typischen heftigen Regenfällen zu starker **Bodenerosion**. Eine fortschreitende Bodendegradation stellt eine weitere Konsequenz dar, die durch mangelnde periodische Brachlegung beschleunigt wird.

Um der akuten Lage entgegen zu wirken, werden **einige Anstrengungen** seitens der **Regierung** initiiert wie Erosionsbekämpfung mit Hilfe von landesweiten Terrassierungsmaßnahmen, die Nutzbarmachung von Sumpfgebieten, die Einführung effizienten Saatguts und der Einsatz von Düngemitteln.

Ferner wird die Kapitalisierung der Landwirtschaft vorangetrieben. Zu diesem Zweck werden Bauernkooperativen intensiv gefördert, finanzielle Mittel werden, neben Privatinvestitionen, u.a. über gezielte Kanalisierung von Entwicklungshilfe bereitgestellt. Eine bereits beschlossene Regionalisierung einzelner Kulturen wird derzeit nur ansatzweise umgesetzt.

Der Beitrag der Regierung zielt auf Ertragssteigerung ab. So wird die Landwirtschaft als Motor der internen Gesamtwirtschaft gestärkt, wodurch zwar allmählich Erfolge verzeichnet wurden, die aber weit unter dem notwendigen Niveau blieben. Seit 2008 geht die Regierung davon aus, dass die **Nahrungsproduktion** in den meisten Landesteilen prinzipiell ausreicht, um die Grundversorgung der

Bevölkerung an lokalen Lebensmitteln zu sichern. Dies setzt jedoch einen günstigen saisonalen Wechsel voraus. Die Ernährungssicherheit ist nach **FAO-Daten** nicht gegeben (ca. 30 % der Bevölkerung leidet nach FAO Statistiken unter Unterernährung).



Ackerbau auf Steilhängen © Goebel/LMZ Koblenz

Nach wie vor überwiegt jedoch die Subsistenzwirtschaft, die einen Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche beansprucht. Mehr als zwei Drittel der Erzeugung wird zur Ernährung der eigenen Familie verwendet, so dass kaum Überschüsse für die regionale Vermarktung übrig bleiben.

Bananen sind von der Menge und dem Wert her das bedeutendste Anbauprodukt für den Inlandsmarkt. Weitere Anbauprodukte sind Bohnen, Sorghum (Hirse), Mais, Maniok, Süßkartoffeln, Kartoffeln, Tomaten, Karotten, Grünkohl, Erdnüsse und tropisches Obst wie Papaya, Avocado, Maracuja, Mango, Ananas etc.

Um Exporte zu steigern, hat der Staat (seit dem Jahr 2002) auch mit Hilfe von Kooperationspartnern, die Wiederbelebung des Tee- und Kaffeeanbaus gefördert.

Kaffee wird überwiegend in kleinbäuerlichen Betrieben angebaut und ist für viele Bauern traditionell die einzige Geldeinnahmequelle. Auf Grund der Ende der 80er Jahre stark gesunkenen Weltmarktpreise galten Kaffeebäume als unergiebig und sind teilweise zu Gunsten anderer Kulturen vernichtet worden.

Neue Impulse setzen den Schwerpunkt auf Mehrwertschöpfung durch Weiterverarbeitung der Anbauprodukte vor Ort. Eine wichtige Rolle spielt die landesweit initiierte Bildung von Genossenschaften. Ziel ist Investitionen u.a. in Kaffee-Waschanlagen zu ermöglichen, welche für einzelne Bauern nicht finanzierbar wären. Im Bereich dieser **genossenschaftlichen Betriebe** sind erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen. Einen Vorteil stellt die gemeinsame **Direktvermarktung** dar, die zu höheren Erlösen für die Bauern führt.

Die Teeproduktion erfolgte früher überwiegend in staatseigenen Plantagen, wo der Tee auch weiterverarbeitet wurde. Ein geringer Anteil wurde in genossenschaftlichen und bäuerlichen Betrieben angebaut. Mittlerweile wurden **Teebetriebe** weitgehend bereits privatisiert oder sind zur Privatisierung ausgeschrieben.

Viehzucht



Langhornige Kühe in der traditionellen Viehzucht Foto: J. Nshimyumukiza

In Ruanda ist **Großviehhaltung** schon seit langer Zeit bekannt. Insbesondere Rindern wird eine sehr hohe Bedeutung beigemessen, welche früher weniger im ökonomischen als vielmehr im gesellschaftlichen Bereich lag. Die Anzahl der Tiere bestimmte den sozialen Rang einer Familie. Der Wert der Rinder drückte sich u.a. in der Größe der Hörner aus. Die Fleisch- und Milchleistungen waren und bleiben noch zum Teil sehr gering. Diese schwachen Ertragsleistungen erklären sich

einmal aus der Rinderrasse, zum anderen durch die Unterernährung der Rinder aufgrund der Überweidung der wenigen noch verbliebenen Weideflächen.

Seit 2004 bestehen spezifische **Reformstrategien**, deren Umsetzung bereits einige Erfolge verzeichnen. Eine Verbesserung der Großviehzucht erhofft man sich durch eine heute bevorzugte ertragsintensivere Rinderrasse sowie durch integrierte halbintensive Viehhaltung mit Feldfutterbau und Stallhaltung. Die Viehhaltung auf freien Weideflächen ist heute **durch staatliche Verordnung verboten**. "**Girinka**" auch "one cow per poor family program" genannt, ist eine Regierungsinitiative, die darauf abzielt, bedürftige Familien mit dem Besitz einer Kuh zu fördern. Es handelt sich dabei um eine sogenannte "home grown"-Initiative zur Verbesserung landwirtschaftlicher Erträge und Ernährungsgrundlage der Empfängerfamilien. Zusätzlich erfährt der begünstigte Kreis gesellschaftliche Wertschätzung, da die Kuh traditionell als wertvolles Geschenk und Statussymbol gilt.

Die Kleinviehhaltung von Geflügel und Kaninchen, aber auch von Ziegen, Schweinen und Schafen, gewinnt aufgrund der vergleichsweise anspruchslosen Fütterung und Pflege zunehmend an Bedeutung.

Trotz einiger Fortschritte in der Viehzucht reicht die Produktion von Milch und Fleisch nicht zur Deckung des Eiweißbedarfes der Bevölkerung aus. Die wenigsten Ruander können sich eine regelmäßige Fleischversorgung leisten. Der größte Teil der Eiweißversorgung stammt aus Hülsenfrüchten und Getreide.

Industrie und Bergbau



Primus, ein lokales Bier

© Rachel Strohm (CC BY-ND 2.0)

Die industrielle Entwicklung Ruandas hat noch einen langen Weg vor sich. Eine schnelle Entwicklung wird durch eine Reihe von Faktoren gehemmt: der Mangel an Kapital und Fachkräften, das Fehlen eines ausreichend aufnahmefähigen Binnenmarktes, der unzureichende Ausbau der Infrastruktur, z.B. des Verkehrsnetzes und der Stromproduktion und die verkehrsabseitige Binnenlage, welche sehr hohe Transportkosten zur Folge hat.

Die **Industrie** Ruandas konzentriert sich im Wesentlichen auf die Verarbeitung einheimischer Agrarprodukte, weitere Industriezweige sind die Herstellung einfacher landwirtschaftlicher Geräte wie Hacken u. Macheten, die Produktion von Baumaterial wie Zement, Bausteine, Rohre usw.. sowie die Herstellung von alltäglichen Gebrauchsgegenständen wie Hygieneartikel, Textilien, Möbel usw...

Der größte industrielle Arbeitgeber ist eine Bierbrauerei (**Bralirwa**) in Rubabu, eine Tochtergesellschaft des niederländischen Multis "Heineken", die jahrelang ein Monopol hielt. Mit dem Einstieg von **Skol International Ltd.** im Jahr 2012 gibt es einen zweiten Anbieter auf dem Markt. Beide Unternehmen nehmen eine wichtige Stelle im Alltagsleben Ruandas ein und tragen durch Abgaben maßgeblich zum Staatshaushalt bei.

Der **Bergbau** spielt mit der Förderung und Verarbeitung von **Zinnerz**, **Coltanerz** und **Wolframerz**, insbesondere für den Export, eine wichtige Rolle.

Entgegen der in medialen Kreisen weit verbreiteten Information wonach Ruanda sich am Export der Konfliktmineralien aus der benachbarten Demokratischen Republik Kongo bereichert, verfügt Ruanda über eigene Rohstoffaufkommen. Strategische Metallerze mit hoher Weltmarktnachfrage - wie Zinn, Wolframit und Tantalit (Coltan)- sind zwar nicht in umfangreicher Größenordnung wie beispielsweise in der benachbarten DR Kongo, jedoch in wirtschaftlich rentablen Mengen wohl vorhanden. Mit Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wurden **Zertifizierungsmethoden** entwickelt um die Herkunft der gehandelten Erze sicherzustellen. Für den Mineralienexport ist einen Herkunftsnachweis gesetzlich vorgeschrieben. Der Export von mineralischen Rohstoffen generiert auch nach dem Tourismussektor die zweithöchsten Einkünfte des Landes, noch vor dem Verkauf von Agrarprodukten wie Kaffee und Tee.



Zinnabbau in Rutongo bei Kigali © Nshimyumukiza

Energie- und Wasserversorgung

Der **Energiesektor** bleibt der bedenklichste Engpassfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Ein Großteil des **Energiebedarfes**, welcher überwiegend für Kochzwecke in den ländlichen Haushalten verbraucht wird, wird von den traditionellen Brennstoffen Holz und Holzkohle gedeckt.



Energieprobleme - Verladung eines Notstromaggregats © J. Nshimyumukiza

Rund 50 % der Bevölkerung hat **Zugang zu Strom**, überwiegend reicht dieser jedoch nur zu Beleuchtungszwecken. Die gesamte Stromproduktion des Landes ist mit gerade einmal 225 MW (Stand Anfang 2019) unzureichend. Diese wird überwiegend aus Wasserkraft erzeugt, sowohl durch mittelgroße **staatliche Betriebe** als auch durch Mikro-Anlagen, welche zum Teil privat betrieben werden. Ca. 15 MW werden aus den Gemeinschafts-Wasserkraftwerken (Rusizi I u. II) importiert, die neben Ruanda auch die Nachbarstaaten Burundi und Kongo mit Strom beliefern. Um der Energieknappheit entgegen zu wirken, hat das für Strom- und Wasserversorgung zuständige Unternehmen Rwanda Energy Group "**REG**" (vormals **EWASA** bzw. **noch früher Electrogaz**) zusätzlich Notstrom-Diesgeneratoren angeschafft - eine kurzfristige Lösung, denn die für den Betrieb benötigten Ölprodukte werden über große Entfernungen und schlechten Straßen vom Indischen Ozean herangeschafft und sind dementsprechend sehr teuer (ein Liter Benzin bzw. Diesel kostet umgerechnet knapp 1 EUR).

Erschwerend kommt die Tatsache hinzu, dass der Seewasserspiegel an den Produktionsstätten (Kivusee, Bulera-Ruhondo) aufgrund übermäßiger Nutzung und/oder klimatischen Veränderungen schwankt. Zugleich wächst der Energiebedarf durch das Wachstum der Städte und dem wirtschaftlichen Aufschwung. Strom wird daher hin und wieder in Netzbereichen abwechselnd

abgeschaltet.

Die Regierung hat die Energiegewinnung zur Priorität erklärt und geht mit entsprechend aggressiver **Strategie** voran. Die hoch ambitionierte Zielsetzung lautet, die heutige gesamte Kapazität bis Ende 2020 auf 560 MW zu erhöhen, was mehr als eine Verdopplung der Kapazität in nur zwei Jahren bedeutet.



Offshore-Anlage zur Gewinnung von Methangas aus dem Kivusee bei Rubavu ©J. Nshimyumukiza

Ein Potenzial stellt das **im Kivu-See enthaltene Methangas** aus vulkanischer Aktivität dar. Die vorhandenen Reserven werden auf 60 Milliarden Kubikmeter geschätzt. Seit 1983 wird dieses Naturgas im Rahmen eines **Pilotprojekts** zur Energiegewinnung für die Brauerei BRALIRWA in Rubavu (ehemals Gisenyi) genutzt. Ein erstes von Methangas betriebenes 2 MW-Kraftwerk läuft bereits seit 2010. Ein weiteres **25 MW-Kraftwerk** wurde im Mai 2015 in Karongi (ehemals Kibuye) **offiziell eingeweiht**. Das weltweit einzigartige **Methangas-Projekt KivuWatt**, das - in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Unternehmen ContourGlobal - Pionierarbeit leistete, hat ca. sieben Jahre Entwicklungszeit gebraucht. Weitere Anlagen dieser Art sollen nach Rücksprache mit dem Nachbarstaat DR Kongo folgen, der ebenso Anrainer des Kivu-Sees ist.

Zusätzlich zum Methangas setzen weitere Energievorhaben, neben dem Bau neuer Wasserkraftwerke, auf diverse vorhandene Potenziale wie Geothermie, Solarenergie, Torfvorkommen und Biogas.



*Schulkinder beim Wasserholen © Goebel/LMZ
Koblenz*

Der Zugang zur **Trinkwasserversorgung** ist ebenfalls unzureichend. Aufgrund der hohen Niederschläge verfügt das Land zwar über ausreichende Wasserreserven, der Bau von Trinkwasserleitungen für die ländliche Bevölkerung ist wegen der hügeligen Geländestruktur des Landes jedoch schwierig und teuer. Eine öffentliche **Abwasserentsorgung** gibt es nur in wenigen Neubaugebieten. Nur ein sehr kleiner Anteil der Haushalte hat eine geregelte private Abwasserbeseitigung.

Handwerk



Baustelle © J. Nshimyumukiza

Aufgrund der fehlenden Industrialisierung Ruandas und der unzureichenden landwirtschaftlichen Nutzfläche spielt das lokale **Handwerk** eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen.

In den Städten sowie im ländlichen Raum existiert bereits eine Vielzahl von kleinen Handwerksbetrieben, insbesondere Schreiner, Schlosser, Maurer und Schneider, die auf einem sehr niedrigen technischen Niveau produzieren. Gründe dafür sind der noch unzureichende Ausbildungsstand als auch das mangelnde Kapital zur Beschaffung von qualitativ guten Handwerksgeräten.

Ein weiteres Problem für das ruandische Handwerk stellt der begrenzte lokale Markt dar. Die Kaufkraft der ruandischen Bevölkerung ist zu gering, um dem handwerklichen Sektor Impulse durch eine hohe Binnennachfrage zu verschaffen. Der Export von handwerklichen und industriellen Produkten ist wegen der hohen Transportkosten oft nicht rentabel.

Tourismus



Berggorilla im Virunga-Nationalpark © ORTPN

Der **Tourismus** hat sich zunehmend zu einem Motor für die Wirtschaft Ruandas entwickelt. So stand der **Tourismussektor** mit Einnahmen in Höhe von US\$ 42,3 Millionen in 2007 zum ersten Mal an der Spitze der Deviseneinnahmequellen, vor den Erlösen aus Kaffee und Tee. Im Jahr 2014 hat die staatliche Behörde für Tourismus und Naturschutz zum ersten Mal mehr als eine Million Besucher gezählt. Die hier erzielten **Einnahmen** stiegen um 14%. **Aktuell** erwartet der Tourismussektor jährliche Gesamteinnahmen über 400 Mio. US\$.

Die Hauptattraktion für Touristen stellen die in der Region der Virunga-Vulkane im Grenzgebiet von Ruanda, der Demokratischen Republik Kongo und Uganda lebenden **Berggorillas** dar. Nicht zuletzt auf Grund des Kinofilms "**Gorillas im Nebel**" sind diese weltweit berühmt geworden. Seitdem ist die Aufmerksamkeit auf diese vom Aussterben bedrohten Primaten stetig gestiegen. Die Regierung setzt auf den **Tourismus als Wirtschaftsmotor** und fördert einen intensiven Branchenausbau. Gegen eine schnellere Erschließung des natürlichen Potenzials sprechen jedoch verschiedene Gründe. Die Konkurrenz der benachbarten Länder Kenia, Tansania und Uganda ist hoch. Die Beherbergungsbetriebe verfügen - gemessen an internationalen Maßstäben - überwiegend über einen niedrigen Standard. Die Regierung setzt jedoch weniger auf die hohe Anzahl von Besucher sondern auf einen hochpreisigen **Ökotourismus**. So wurden eher **Hotels** mit gehobenem bzw. Luxusstandard in Kigali, am Kivu-See und bei den Nationalparks gebaut worden. Ferner sind insbesondere im Vulkan-Nationalpark, im Norden des Landes **exklusive Lodges** zu finden.

Das Straßennetz ist nur teilweise ausgebaut, dieses ermöglicht außerhalb der Hauptverbindungsstrecken keinen ganzjährigen Verkehr.

Im Laufe der letzten Jahre waren wachsende Besucherzahlen zu verzeichnen. Dies ist unter anderem dem starken Zuwachs an Investitionen im **Hotelbau** zu verdanken. Auch bei **Flugverbindungen** hat sich einiges getan. Zur ehemals einzigen Fluggesellschaft Brussels Airlines mit direkten Flügen aus Europa hat sich mittlerweile KLM gesellt. Mit **South African Airways**, **Qatar Airways** und **Turkish Airlines** zählt Ruandas Hauptstadt Kigali seit

Anfang 2012 weitere internationale Anbieter.



Kigali Convention Centre - Schauplatz des 27. Gipfeltreffens der afrikanischen Staats- und Regierungschefs (27th AU Summit)

Foto: GCIS (CC BY-ND 2.0)

Zur Beschleunigung des Wachstums im Tourismussektor hat die Regierung ihre Strategie erweitert und einen zusätzlichen Schwerpunkt auf dem Gebiet der Meetings, Incentives, Konferenzen und Events (MICE) gelegt. Dabei beabsichtigt man das Land als Ziel für internationale Konferenzen und andere Events attraktiv zu machen. Die in diesem spezifischen Bereich generierten Einkünfte, welche im Jahr 2013 bei ca. 49 Millionen US \$ lagen, sollen sich zukünftig verdreifachen. Um entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, wurden signifikante Investitionen in notwendige Infrastrukturmaßnahmen getätigt. Mit dem **“Kigali Convention Center”** wurde im Juni 2016 ein ikonisches Konferenzzentrum fertiggestellt. In Kombination mit einem Fünf-Sterne-Hotel der namhaften Hotelkette **“Radisson Blue”**, bietet der neue Infrastrukturkomplex gute Voraussetzungen für hochkarätige Veranstaltungen aller Art. Als erste große Veranstaltung durfte die Institution vom 11. bis 18. Juli 2016 das 27. Gipfeltreffen der Afrikanischen Union beherbergen.

Hotelkapazitäten haben sich insgesamt erhöht, in gehobener Hotelkategorie hat z.B. die Hotelkette **Marriott** in Kigali ihr erstes Hotel in Subsahara-Afrika eröffnet.

Darüber hinaus ist mit dem **Bugesera International Airport** - ein neuer moderner Flughafen bereits im Bau - welcher zusätzliche Kapazitäten für die Personen- und Frachtbeförderung bieten wird.

Außenhandel

Der **Außenhandel** Ruandas verzeichnet einen hohen Importüberschuss. Zu den **Exportprodukten** zählen, neben den traditionellen Ausfuhr Gütern Kaffee und Tee, auch die Bergbauerzeugnisse Kassiterit, Wolfram und Colombo-Tantalit (Coltan). Trotz steigender Exporte bleibt regelmäßig ein enormes **Handelsbilanzdefizit**, das nach diversen Schätzungen bei jährlich ca. 1500 Mio. US\$ liegt.

Importe nach Ruanda werden von Investitionsgütern, Maschinen und Fahrzeugen beherrscht, gefolgt von Nahrungsmitteln, chemischen- und Vorerzeugnissen. Wesentliche Handelsschranken bestehen zum einen in Einfuhrzöllen (von 25 % für diverse Fertigwaren bis 100 % für Luxusprodukte (Ausnahmen gelten für COMESA-Länder), für gewisse Investitionsgüter werden keine Einfuhrzölle erhoben. Zum anderen bestehen starke technische Mängel in der Logistik der Grenzabfertigung (keine Kühlhäuser beim Zoll etc.).

Die Binnenlage im zentralen Ostafrika sowie die fehlende Eisenbahn sind für Ruanda ein großes **wirtschaftliches Hindernis**. 9/10 des Außenhandels werden per Lastkraftwagen abgewickelt. Die beiden Transportkorridore über Kampala in Uganda nach Mombasa bzw. durch Tansania zum Hafen von Dar es Salaam sind die einzigen Zugänge zum Indischen Ozean. Die dadurch entstehenden hohen Transportkosten verteuern die Preise für die **Import- bzw. Exportprodukte** wesentlich.

Um dem Handelsdefizit entgegen zu wirken, versucht die Regierung, neben der Förderung existierender Exportprodukte, neue Export-Fördermaßnahmen zu initiieren. Der für diesen Zweck ursprünglich entwickelte Plan eine klassische freie Handelszone einzurichten, erwies sich als fehlerhaft. Stattdessen hat sich der Fokus auf die Errichtung einer **„Special Economic Zone“** (SEZ) gerichtet. Dabei geht es um ein spezifisches Gewerbegebiet, welches mit moderner Infrastruktur und

insgesamt mit möglichst optimalen Rahmenbedingungen ausgestattet wird. Diese Bemühungen zielen darauf, Investitionen zu fördern, wobei der Schwerpunkt auf produzierendem Gewerbe liegt, die lokale Produkte für den regionalen Markt weiterverarbeiten. Die Projektfinanzierung erfolgt über Joint Venture zwischen der Regierung, die mit 30 % beteiligt ist und privaten Unternehmen.



Gütertransport auf der Straße © Goebel/LMZ Koblenz

Haupthandelspartner Ruandas sind China, Kenia, Uganda, die Demokratische Republik Kongo, Großbritannien, Deutschland, Belgien sowie die USA.

Die seit 2007 bestehende Mitgliedschaft Ruandas in der East African Community (EAC) hat zunehmend Auswirkungen auf den regionalen Warenaustausch. Dabei sind vor allem steigende Importe aus den Mitgliedsländern mit stärkerer Industrie zu beobachten, vor allem aus Kenia.

Die Devisenregulierung ist weitestgehend liberalisiert. Die Einfuhr von Devisen ist unbegrenzt, die Ausfuhr ist bis zu hohen Grenzbeträgen möglich.

Entwicklung und Entwicklungspolitik

Armutsbekämpfung, Millennium Development Goals

In Anlehnung an die "**Millennium Development Goals (MDGs)**" der UN hat Ruanda im Jahr 2000 seinen ersten langfristigen strategischen Entwicklungsplan "**Vision 2020**" ausgearbeitet. Seine elementaren Ziele waren - neben der Schaffung einer modernen IT-gestützten und wissensbasierten Gesellschaft - die Modernisierung der Landwirtschaft, einschließlich der Schaffung von nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen auf dem Land. Das Pro-Kopf-Einkommen wollte die Regierung auf das Niveau der Länder mittleren Einkommens anheben. Im Zeitraum vom 2017 bis 2024 wird mit dem laufenden nationalen Strategieplan, "**National Strategy for Transformation (NST1)**", eine Brücke zur nächsten langfristigen Vision (Vision 2050) geschaffen.

Das zum ersten Mal im Jahr 2002 formulierte nationale Armutsbekämpfungsstrategiepapier (PRSP), sowie die Nachfolgepläne waren jeweils in der Vision 2020 eingebettet. Die Nachfolgepapiere **EDPRS** und **EDPRS II** mit starkem Akzent auf der Wirtschaftsförderung, wurden von 2007 bis 2012 bzw. von 2013 bis 2018 umgesetzt. Die laufende Entwicklungsphase orientiert sich - in Übereinstimmung mit dem laufenden Regierungsprogramm - seit 2017 an dem NST1. Der Fokus liegt dabei auf der Verstärkung des Privatsektors, dem zukünftig eine zentrale Rolle eingeräumt wird. Damit verbunden ist die Bestrebung zur Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) und der Ausbau des Exportsektors.

Aus den Anstrengungen zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), welche bis Ende 2015 umgesetzt werden sollten, wurde in Ruanda eine **positive Bilanz** gezogen. Der **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** (Sustainable Development Goals, **SDGs**), dem seit Anfang 2016 bis Ende 2030 laufenden globalen Nachfolgeprojekt, stand die Regierung Ruandas von Anfang an entsprechend positiv gegenüber. Der zuständige Rat der Vereinten Nationen hat beschlossen das **regionale Zentrum für Afrika** zur Unterstützung der Umsetzung der SDGs in der Region in Ruanda zu errichten. Dies kann als Anerkennung des besonderen Engagements der ruandischen Regierung hinsichtlich der sowohl bereits erfolgten als auch der zukünftigen Umsetzung der MDGs bzw. SDGs

bewertet werden.

Nationale Entwicklungsanstrengungen

Die Regierung Ruandas, die sich der wirtschaftlichen Auswirkungen des negativen Images im Ausland, bedingt durch den weitreichend bekannten Genozid, durchaus bewusst war, folgt seit vielen Jahren einer Reformagenda, die auf eine Beseitigung der Beschränkungen für private Investitionen abzielt. Durch die Gründung einer Export- und Investmentagentur im Jahre 2004 (Riepa) heute **RDB**, verbunden mit einem so genannten "**One-Stop-Center**" für Investoren, sind die Formalitäten stark vereinfacht worden. Seit 1994 hat das Land einen wesentlichen Fortschritt im Wiederaufbau seiner wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur gemacht. Seine Errungenschaften, landesweit Sicherheit zu garantieren sowie eine für die Region gut funktionierende Administration, werden von internationalen Organisationen und bilateralen Partnern, aber auch zunehmend von **privaten Investoren**, anerkannt. Eine wesentliche Rolle beim guten Investitionsklima spielt auch der vergleichsweise niedrige Grad an Korruption, den das Land in den vergangenen Jahren verzeichnet. Transparency International führt Ruanda in seinem jährlichen **Ranking** der letzten Jahre rund um Platz 50 (aktuell auf Platz 51) von rund 180 untersuchten Ländern, Ruanda ist damit deutlich besser platziert als alle Nachbarstaaten und liegt im Afrikavergleich hinter Botswana und dem Inselstaat Kap Verde an dritter Stelle.

Die Regierung hat sich um die **Privatisierung** aller noch im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen bemüht. Die größten Privatisierungsvorhaben umfassten im Jahr 2005 die ruandische Telefongesellschaft Rwandatel, den staatlichen Anbau und die Verarbeitung von Tee sowie Mehrheitsanteile an den Geschäftsbanken BACAR und BCR. Nach dem Privatisierungsplan der Regierung sind dies noch 35 von ehemals 70 Unternehmen, darunter der Energiemonopolist EWSA (vormals Electrogaz).

Ausländische Entwicklungsanstrengungen

Die Haushaltsfinanzierung in Ruanda ist **geberabhängig**. Die ruandische Regierung arbeitet sehr eng mit den multilateralen Institutionen **IWF**, **Weltbank** sowie den verwandten Agenturen und Banken (**IDA**, **AfDB**) zusammen. Das Land bemüht sich im Hinblick auf "**Aid Effectiveness**" sichtlich um die Umsetzung der Auflagen, auch wenn dies sozialpolitisch zu Problemen führt.

Sichtbarste Maßnahmen waren die Straffung der Budgeterstellung, die Reform der Territorialgliederung, die Reduzierung der Zahl öffentlicher Bediensteter, aber auch die Kürzung der Ausgaben der öffentlichen Hand für Bewirtschaftungskosten (z.B.: Verkauf der nahezu gesamten öffentlichen Fahrzeugflotte im Jahr 2005).

Der IWF und die sich an ihm orientierenden Budgethilfegeber honorieren dies. Ruanda hat im April 2005 den **HIPC "completion point"** erreicht, der IWF vergab erneut eine so genannte **Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF)** und der Anteil der Budgethilfe an der gesamten Entwicklungshilfe stieg.

Weitere wichtige multilaterale **Geber** sind die **EU** und die **UN-Programme**, darunter das **UNDP** und das **World Food Programm (WFP)**.

Auf bilateraler Ebene sind die wichtigsten Geberländer die **USA**, **Großbritannien**, **Belgien**, die **Niederlande** und **Deutschland**. Zahlreiche **NGOs** sind ebenfalls mit unterschiedlichsten Projekten in Ruanda präsent.

Deutsche Wirtschafts-, Entwicklungs- und Hilfsorganisationen im Lande

Seit 2001 zählt Ruanda zur Kategorie der **Schwerpunktpartnerländer** des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zahlreiche Projekte wurden in dieser Zeit umgesetzt. Die **ruandisch-deutsche Entwicklungszusammenarbeit** konzentriert sich derzeit auf die Schwerpunktbereiche Dezentralisierung und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung (Privatsektorförderung und berufliche Bildung).

Anfang Juni 2013 stattete der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, Ruanda einen **offiziellen Besuch** ab.

Neben den Durchführungsorganisationen **GIZ** (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) und CIM ist die Entwicklungsbank **KfW** heute ständig vor Ort vertreten. Die GIZ ist zusätzlich in der Arbeit des **Zivilen Friedensdienstes** vor Ort aktiv. Ferner ist die Sparkassenstiftung im **Mikrofinanzwesen** tätig.

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ruanda und Deutschland haben lange eine untergeordnete Rolle gespielt. Die wenigen deutschen Wirtschaftsunternehmen, die bisher auf dem ruandischen Markt tätig waren, beschränkten sich auf den Handelsbereich oder haben Infrastrukturprojekte durchgeführt. Als Handelsprodukte werden vor allem Maschinen aus Deutschland nach Ruanda exportiert und in Umkehrrichtung Kaffee und Tee geliefert. Der Beitrag zum jeweiligen Gesamtvolumen bleibt dabei vernachlässigbar gering.

Anfang 2018 hat sich mit dem Autokonzern Volkswagen das erste bedeutende deutsche Unternehmen in Ruanda registrieren lassen. Das Unternehmen hat dabei **Investitionspläne** vorgestellt, welche im afrikanischen Kontext eine Zukunftsvision darstellen. Derzeit baut **VW ein Werk in der Hauptstadt Kigali** auf, in dem zukünftig kleine Fahrzeuge sowie Geländewagen mittlerer Klasse gebaut werden. Langfristig beabsichtigt VW Elektrofahrzeuge in Ruanda zu produzieren. Ferner sollen die Aktivitäten auf den Geschäftsbereich "Mobilität" (Autovermietung, Carsharing u.a.) erweitert werden.

In dem Zusammenhang ist die bereichsübergreifende Initiative "**Moving Rwanda**" entstanden. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), ruandischen Partnern, sowie mit den anderen deutschen Großunternehmen Siemens und SAP sowie der mittelständischen Firma Inros Lackner, wird ein digitales Verkehrskonzept mit Schwerpunkt auf Mobilität und Ausbildung von Fachkräften in Ruanda entwickelt. Der Startschuss für die Initiative wurde am 28. Februar 2018 gegeben.

Im Bereich kultureller Zusammenarbeit hat die **Deutsche Welle (DW) bis März 2015** über fast 40 Jahre in Kigali eine ihrer weltweit wenigen Kurzwellen-Relaisstationen betrieben. Die Kolonialresidenz des ersten deutschen Generalresidenten (Kandt-Haus), Richard Kandt, wurde renoviert und im April 2004 offiziell als kleines Museum für Besucher eröffnet. Mit einem kleinen Team ist das **Goethe Institut** in der Hauptstadt Kigali präsent.



Begegnung mit Schülerinnen aus Bad Kreuznach zu Besuch bei Partnern in Kirinda, Ruanda © J. Nshimyumukiza



*Partnerschaftslogo
Ruanda-Rheinland-Pfalz*

Die Partnerschaft zwischen **Rheinland-Pfalz und Ruanda** besteht seit 1982. Die einmalige Form der dezentralisierten, bürgernahen und an den Grundbedürfnissen der Menschen orientierten Entwicklungszusammenarbeit schafft einen Rahmen für eine Begegnung von Bürgern, Gemeinden, kirchlichen Einrichtungen, Vereinen und anderen gesellschaftlichen Gruppen in beiden Ländern.

Heute haben über 450 Initiativen und Ruandagruppen in Gemeinden, Städten und Landkreisen sowie über 240 Schulen und Hochschulen Beziehungen zu Partnern in Ruanda aufgebaut. Seit Beginn der Partnerschaft konnten so weit über eintausend basisorientierte Kleinprojekte in Ruanda durchgeführt werden, die der Hilfe zur Selbsthilfe, der Grundbildung und der Armutsbekämpfung dienen.

Gesellschaft & Kultur

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im Dezember 2020 aktualisiert.)

Das Land wird von drei Volksgruppen bewohnt. Bei "Hutu", "Tutsi" oder "Twa" handelt es sich jedoch nicht um verschiedene Ethnien oder Stämme, wie es in zahlreicher Literatur zu lesen ist. Sie sprechen die gleiche Bantusprache "Kinyarwanda", bilden eine gemeinsame Sozialstruktur und teilen religiöse Überzeugungen.



"Intore": Traditioneller Tanz der Krieger, Foto: J.Nshimyumukiza, Feb. 2016

Alphabetisierte Erwachsene

70,8 % (HDR 2019)

Bedeutende Religionen

Christentum ca. 90 % (überw. rk.), Islam ca. 5 %

Städtische Bevölkerung

17,2 % (HDR 2019)

Lebenserwartung (w/m)

70,8 / 66,5 Jahre (HDR 2019)

Gender Inequality Index

Rang 95 von 162, 2018

Anzahl der Geburten

4,1 / Frau (2015)

Kindersterblichkeit

29,9 / 1000 Lebendgeburten (HDR 2019)

Soziale Struktur

Ethnizität

Das Land wird von drei Bevölkerungsgruppen bewohnt. Den **Bahutu**, die Schätzungszahlen nach 80-90 % der Bevölkerung ausmachen, den **Batutsi** (ca. 10-20 %) und den **Batwa** mit **circa 1 %**. Die Bezeichnung "Ethnie" ist für die Charakterisierung der ruandischen Bevölkerungsgruppen wissenschaftlich nicht korrekt. Bei "Hutu" oder "Tutsi" handelt es sich auch nicht um verschiedene Stämme, wie es in zahlreicher Literatur zu lesen ist. Sie sprechen die gleiche **Bantusprache**, "Kinyarwanda", bilden eine gemeinsame Sozialstruktur und teilen religiöse Überzeugungen. Sie haben die gleiche Kultur und eine gemeinsame Geschichte. Auch eine bestimmte regionale Herkunft wird keiner der drei Gruppen zugeordnet. Alle wohnen auf den Hügeln Grundstück an Grundstück, Tür an Tür, Eheschließungen zwischen Hutu- und Tutsifamilien sind auch keine Seltenheit. Tatsächlich sind jedoch im Laufe der Geschichte ein "ethnisches" Bewusstsein und eine Identifikation mit einer der Gruppen entstanden.

Sprache

Muttersprache nahezu aller Ruander ist die Bantusprache **Kinyarwanda**. Die weit überwiegende Mehrheit der Einwohner beherrscht ausschließlich diese Sprache. Weitere offizielle Amtssprachen waren seit der belgischen Kolonialzeit Französisch und seit 1994 zunehmend Englisch. Französisch und Englisch wurden im Jahr 1994 gleich gestellt. Im Oktober 2008 hat, durch einen Regierungsbeschluss, **Englisch** die Oberhand als **Amtssprache** gewonnen und Französisch aus allen offiziellen Sprachbereichen verdrängt. Seitdem wird in staatlichen Schulen und Hochschulen nur noch Englisch als erste Fremdsprache gelehrt. Die ruandische Regierung begründet die **Umstellung der offiziellen Landessprache** von Französisch auf Englisch mit wirtschaftlichen **Vorteilen**. Die Integration des Landes in eine globalisierte Weltwirtschaft würde dadurch erleichtert. Insbesondere wird die Sprachumstellung als logische Folge des Beitritts Ruandas Mitte 2007 zur Ostafrikanischen Staatengemeinschaft (East African Community - EAC), deren ursprüngliche Mitglieder Uganda, Tansania und Kenia englischsprachig sind, angesehen. Ruanda, sowie das zweite Beitrittsland Burundi, hoffen als kleine, dichtbesiedelte Binnenstaaten, von einer EAC-Zollunion - einer geplanten politischen Föderation einschließlich eines gemeinsamen Marktes für die Region, mit einer Bevölkerung von ca. 135 Millionen Menschen - zu profitieren.

Die praktische Umsetzung der Sprachumstellung bleibt jedoch mit Schwierigkeiten verbunden da die meisten Lehrkräfte **traditionell frankophon** sind. Ferner sehen sich viele - mehrheitlich in Ruanda ausgebildete - frankophone Ruander gegenüber einer kleineren, im englischsprachigen ugandischen Exil aufgewachsenen Elite, sowohl auf dem zunehmend englisch-dominierten privaten Arbeitsmarkt als auch im Wettbewerb um entscheidungsrelevante Posten im Staatsdienst benachteiligt.

Die Zurücksetzung der französischen Sprache wird auch als Konsequenz von eher schwierigen Beziehungen zwischen Frankreich und Ruanda nach 1994 angesehen, welche von der Rolle Frankreichs als Hauptverbündeter des früheren Regimes vor und während des Völkermords geprägt wurden. Mit dem **Beitritt zum Commonwealth** im Jahr 2009 hat Ruanda die Orientierung zur Staatengemeinschaft mit englischem Einfluss verstärkt.

In den Handelszentren wird auch das ebenfalls zu den Bantusprachen gehörende regional verbreitete **Kiswahili** gesprochen.

Gruppenidentität

Die Auseinandersetzung mit der Umgangssprache und Begriffen aus der ruandischen **Sprache der Gegenwart** verdeutlicht, dass zusätzlich zu den Gruppenbezeichnungen Hutu und Tutsi heute weitere Begriffe die soziale Identität widerspiegeln.

Die durch den Völkermord hervorgerufenen Flüchtlingsströme haben die Bildung neuer Solidargemeinschaften innerhalb der ruandischen Gesellschaft, entlang der bestehenden Ethnien, zur Folge. Ein gemeinsamer Leidensweg erweist sich dabei als Bindeglied innerhalb der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. So unterscheidet man zwischen Alt- und Neuflüchtlingen, Rückkehrern und Daheimgebliebenen. Als Altflüchtlinge bezeichnet man die aus den Nachbarländern zurückgekehrten Langzeitflüchtlinge, überwiegend aus dem Jahr 1959 und danach. Diese sind zwar alle Tutsi-Rückkehrer, werden aber, nach Herkunftsgastland (Abasajja aus Uganda, Abajepe aus Burundi und Abadubai aus der DR Kongo), in drei Hauptuntergruppen gegliedert.

Bei den Neuflüchtlingen handelt es sich um Hutu-Flüchtlinge aus dem Jahr 1994. Besondere Aufmerksamkeit bekamen jene, die infolge des Einmarsches der ruandischen Armee ins damalige Zaire im Jahr 1996 aus dem Ost-Kongo zurückgeführt wurden. Diese relativ große - nicht homogene Gruppe - wurde unter der umgangssprachlichen Bezeichnung „Abatingitingi“ (genannt nach der geographischen Lage eines großen Flüchtlingslagers in Ost-Kongo) bekannt.

Die zahlenmäßig größte Bevölkerungsgruppe stellen Ruander, die nicht oder nur innerhalb des Landes vertrieben worden sind. Sie wurden, insbesondere in den ersten Jahren, unmittelbar nach dem Völkermord mit dem -umgangssprachlichen Begriff- „Abasopecyá“ in Anlehnung an eine während des Massakers von April bis Juli 1994 wochenlang als einzige in Kigali noch funktionierende Tankstelle bezeichnet. Durch diese Benennung, die mit negativen Ressentiments behaftet ist, wurden Angehörige dieser Kategorie identifiziert und entsprechend mit Misstrauen bedacht, da sie pauschal mit einer Beteiligung am Völkermord in Verbindung gebracht wurden.

Stadt-Land-Verhältnis

Die Bevölkerung lebt zu gut 70 % in ländlichen Gebieten. Die städtische Bevölkerung, deren Zahl infolge der Landflucht kontinuierlich zunimmt, lebt häufig in einer ungesicherten Existenz. Nur der kleinere und gut ausgebildete Anteil findet einen festen Arbeitsplatz. Der Traum vom geregelten Einkommen und einer angemessenen Wohnsituation endet für viele in den einfachen Unterkünften der **städtischen Randzonen**.

Zur Steuerung des Urbanisierungsprozesses formuliert die ruandische Regierung ihre Pläne in der **„National Urban Housing Policy“**, welche derzeit konsequent umgesetzt wird. Informelle Siedlungen sind in Ruanda, **im Gegensatz zu vielen Großstädten** in den Nachbarstaaten, nicht weit verbreitet. Einfachste Häuser bestehen in der Regel aus luftgetrockneten Lehmziegelwänden und Wellblechdach. Auch bei der relativ schnellen Stadtvergrößerung spielen Slumviertel eine eher untergeordnete Rolle. Strenge Maßnahmen gegen die Verbreitung neuer informeller Siedlungen sind an der Tagesordnung, bereits bestehende werden sogar teilweise abgerissen. Neue Baugebiete werden eher von modernen Wohnsiedlungen, und nicht selten auch Villenvierteln, dominiert.

Der ruandische **Arbeitsmarkt** wird von der Landwirtschaft dominiert. Darin sind 73 % aller Beschäftigten tätig. Zahlen zur **Arbeitslosigkeit** haben in einem nach wie vor großen **nicht-monetären Produktionsbereich (informeller Sektor)** keine bedeutende Aussagekraft. Von der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (d.h. im Alter von 16 Jahren und älter) sind - laut offiziellen Daten aus der letzten **Volkszählung** (August 2012)- 74 % erwerbstätig. Die Arbeitslosigkeit wird eher als ein städtisches Phänomen gesehen. In städtischen Gebieten liegt sie bei 7,7 %, und somit doppelt so hoch wie auf nationaler Ebene (3,4 %). Im ländlichen Raum geht das Nationale Institut für Statistiken in Kigali von einer Arbeitslosenrate von 2,6 % aus. Junge Menschen (16-35 Jahre) sind am meisten betroffen. Um den Kontakt zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgebern zu erleichtern, wurde das **KESC** (Kigali Employment Service Center) gegründet. Das von der Stadt Kigali, in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium für Öffentliche Dienste und für Arbeit initiierte Zentrum bietet den Arbeitssuchenden zusätzliche Hilfestellung in Form von Beratung und Training. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (**GIZ**) begleitet das Vorhaben als Entwicklungspartner.

Familie und Frauen



Baby wird von der Schwester auf dem Rücken getragen © C. Nkulikiyinka

Im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens steht immer noch die **Großfamilie** mit ihren traditionellen Solidarstrukturen, die für die ärmeren Bevölkerungsschichten einen Schutz vor Verelendung und Hunger bilden.

Eine ruandische **Familie** hat im Durchschnitt fünf Kinder. Kinder gelten traditionell als Segen und Glück und tragen zum Ansehen der Frau in der Gesellschaft bei. Sie sind unerlässliche Arbeitshilfe im Haushalt und in der Landwirtschaft, werden aber auch als Altersvorsorge verstanden. Die generell extrem große Bevölkerungsdichte des Landes sowie die damit verbundene **Familienplanungspolitik** der Regierung führen jedoch zunehmend zu einem Umdenken in der Gesellschaft. So lässt sich im Laufe der letzten Jahre ein nennenswerter Rückgang bei der Geburtenrate beobachten.

Männer, Frauen und Kinder teilen sich die Arbeit im bäuerlichen Familienbetrieb. Der größte Anteil der Arbeit in Haus und Hof entfällt dabei auf die Frauen. Sie müssen Nahrungsmittel erwirtschaften und sind für die Kindererziehung zuständig.

Frauen traten in der traditionellen Gesellschaft Ruandas in der Öffentlichkeit nicht hervor. Bis auf Ausnahmefälle war die ruandische Frau ihrem Mann oder Vater unterstellt und durfte sich in Anwesenheit von Männern nicht zu Wort melden. Ihr Einflussbereich und ihre Macht lagen in der Familie. Heute ist **die Stellung der Frau** in der Gesellschaft nicht mehr so stark von Traditionen geprägt.

Der Genozid im Jahr 1994 hinterließ hunderttausende von Witwen und Waisenkindern. Das hat die Rolle der Frauen in der ruandischen Gesellschaft nachhaltig verändert. Viele Frauen mussten, da ihre Männer und Väter getötet worden waren oder im Gefängnis saßen, plötzlich die Aufgaben des Familienoberhauptes übernehmen. Frauen konnten früher nicht erben oder Familienoberhaupt werden. Diese Regelung wurde mittlerweile durch die neue Gesetzgebung aufgehoben. Auch in anderen Bereichen ist der Staat seitdem bemüht, den Frauen **gleiche Rechte** wie Männer einzuräumen. Die neue Verfassung aus dem Jahr 2003 weist deutlich frauenfreundliche Züge auf. Mindestens 30 % aller Posten in Entscheidungsgremien müssen an Frauen vergeben werden. So beträgt heute beispielsweise der Frauenanteil im Parlament 61 %, womit Ruanda weltweit an der **ersten Stelle** steht. Auch in der Wirtschaft ist die **Bedeutung** der Frauen entsprechend gewachsen. Große **Herausforderungen** bestehen darin; die noch - von der traditionellen Frauenrolle- stark dominierte Vorstellung, mit der heutigen Realität zu vereinbaren.

Viele Frauen leiden jedoch - infolge des Völkermordes - bis heute unter extrem schweren **posttraumatischen** Belastungen.

Bildungswesen





Schulbücher in einer Sekundarschule. Foto: J.Nshimyumukiza, 2013



Englisch lernen in einer Sekundarschule. Foto: J. Nshimyumukiza, 2013



Stundenplan in einer Sekundarschule. Foto: J.Nshimyumukiza, 2013



Englisch und Französisch parallel im Schulunterricht. Foto: Jacques Nshimyumukiza

Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde unter dem Einfluss der überwiegend katholischen Missionare ein Schulsystem aufgebaut, das sich noch bis in die 70er Jahre am europäischen Schulwesen orientierte. Lernziele und Unterrichtsmethoden basierten auf dem belgischen Schulsystem. Mit der 1979 durchgeführten Schulreform hat prinzipiell der Staat die Schulhoheit übernommen und, zumindest theoretisch, die allgemeine Schulpflicht für alle Kinder zwischen 7 und 12 Jahren eingeführt. Bildungsträger blieben jedoch größtenteils kirchliche Einrichtungen.

Das ruandische **Bildungswesen** gliedert sich seitdem in eine eher rudimentäre Vorschulerziehung, eine verpflichtende **Primarschulbildung**, auf der das, für einen kleinen Anteil von Bewerbern vorbehaltene, **Sekundarschulwesen** und schließlich die **Hochschulbildung** aufbauen.

Seit der Zeit des Völkermords im Jahr 1994 hat es auch im Bildungsbereich inzwischen weitreichende **Veränderungen** gegeben. Insbesondere im Zuge des Beschlusses der mittelfristigen nationalen Entwicklungsstrategie (**Vision 2020**) wurde der Bildung eine Schlüsselrolle für die Entwicklung des Landes zugesprochen. Dabei setzt die Regierung auf eine grundlegende Transformation von einer agrargeprägten zu einer wissensbasierten Gesellschaft. So zählt die Einführung der "Nine Years basic education" (**9YBE**) im Jahr 2009 - eine verpflichtende 9-jährige Grundbildung, welche mittelfristig auf 12 Jahre (**12YBE**) erweitert werden soll - zu den wichtigsten Reformen der letzten Zeit. Das **aktuelle Bildungssystem** weist einige Neuerungen auf, wie die <https://www.mineduc.gov.rw/basic-education> 2008 stattgefundene Umstellung der Haupt-Unterrichtssprache von Französisch auf Englisch, das - ebenfalls im Jahr 2008 gegründete - "**WDA**"; eine eigenständige Behörde zur Intensivierung von Berufsausbildung, sowie der im Jahr 2013 durchgeführte Zusammenschluss aller staatlichen Hochschulen.

Die **Einschulungsrate** liegt inzwischen bei über 95 %. Aufgrund der hohen Geburtenrate laufen die Schulbaumaßnahmen jedoch ständig der Bevölkerungsentwicklung hinterher, was häufig zu völlig überfüllten Klassenräumen führt. Als Lösungsansatz setzt die Regierung bei neuen Schulbaumaßnahmen auf **Bürgerbeteiligung** in Form von unbezahlter Eigenleistung von Gemeindemitgliedern, während von staatlicher Seite lediglich Baumaterial zur Verfügung gestellt wird. Ferner bleiben unzureichende Unterrichtsmittel sowie insbesondere die geringe Qualifikation des Lehrpersonals herausfordernd und sind Hauptursachen für schwache Schulabschlüsse bzw. das allgemein **niedrige Bildungsniveau**.



Klassenraum einer Sekundarschule © J. Nshimyumukiza

Im Hochschulsektor sind sowohl staatliche als auch private Bildungsinstitute zu finden. Im Jahr 2013 hat die Regierung einen **Zusammenschluss** aller öffentlichen Hochschulen beschlossen. Dies hat zu einer einzigen staatlichen Hochschule, der **University of Rwanda**, damals bestehend aus sechs Colleges mit etwa 31000 Studenten, geführt. Zuvor war die "Université Nationale du Rwanda" in Huye (früher Butare) die größte Hochschule mit einem breiteren Spektrum an Fachbereichen. Weitere wichtige staatliche Hochschulen waren die technische Hochschule, Kigali Institut of Science and Technology (KIST), und die für das Lehramt zuständige Hochschule, das Kigali Institut of Education (KIE).

Mehr als 25 **private Hochschulen** ergänzen das Angebot im Bereich der Hochschulbildung. Die meisten davon sind in den letzten Jahren mit minimaler Ausstattung gegründet worden. Nahezu alle studienberechtigten Ruander streben einen Hochschulabschluss an. So bieten die ausgebuchten privaten Hochschulen den Unterrichtsbetrieb in zwei Schichten an, sodass zahlreiche Berufstätige einem Hochschulstudium während ihrer Freizeit nachgehen. Die Bildungsqualität leidet insbesondere unter unzureichend qualifizierten Lehrkräften.

Gesundheitswesen



Referenz-Krankenhaus von Butare im Süden Ruandas, Foto: J.Nshimyumukiza, Sept. 2012

Die detaillierte Struktur des ruandischen Verwaltungsaufbaus ist gleichzeitig Grundlage des Aufbaus des **Gesundheitswesens**. An der Spitze stehen vier Provinzen sowie die eigenständig verwaltete Hauptstadt Kigali. Diese fünf übergeordneten Gebiete werden bis in die untersten Verwaltungseinheiten in 30 Distrikte, 416 Sektoren, 2.148 Zellen und 14.980 Gemeinden, auch Umudugudu genannt (Mehrzahl: Imidugudu), unterteilt. Dem angepasst standen im Jahr 2015 (einige neue Einrichtungen sind in der Bauphase) für die gesundheitliche **Grundversorgung** der Bevölkerung landesweit 5 **Referenz-** und 42 Distriktkrankenhäuser sowie etwa 525 Gesundheitszentren zur Verfügung. Zusätzlich ist ein Netzwerk aus etwa 60.000 Gesundheits- und SozialarbeiterInnen unterstützend tätig. Jeder Distrikt verfügt demzufolge mindestens über ein regionales Krankenhaus, deren Einzugsbereich ca. 300.000 Einwohner umfasst. Heute bestehen in fast jedem Sektor ein bis zwei Gesundheitszentren, die ca. 20.000 Menschen versorgen müssen.



CHUB, Innenhof, Foto: J.Nshimyumukiza



CHUB, Einrichtungen, Foto: J.Nshimyumukiza



CHUB, Einrichtungen, Foto: J.Nshimyumukiza

Der Mangel an qualifiziertem Personal stellt das wichtigste Handicap dar; für ca. 15.000 Menschen stehen im Schnitt nur ein/e Arzt/Ärztin und 12 Pflegekräfte zur Verfügung. Weitere Grundprobleme des ruandischen **Gesundheitswesens** sind die nicht ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser sowie die durch Mangel- und Fehlernährung bedingten Krankheiten. Infektions- und parasitäre Krankheiten treten in erheblichem Umfang auf und verursachen die meisten Sterbefälle.



CHUB, Patienten-Warteraum, Foto: J.Nshimyumukiza

Staatliche Bemühungen der letzten Jahre haben landesweit zu verbesserten Bedingungen geführt. Insbesondere im Hinblick auf die Senkung hoher Säuglings-, **Kinder- und Müttersterblichkeit** werden bemerkenswerte Erfolge beobachtet. In diesem Bereich hat Ruanda - aus Sicht des **UNDP** - die Millennium-Entwicklungsziele erreicht. Auch im Bereich der **Bekämpfung von Malaria** sind **Erfolge** zu verzeichnen. **Malaria** ist zwar noch weit **verbreitet**, rangiert jedoch inzwischen - im

Hinblick auf Häufigkeit und Ursache von Sterbefällen - hinter Grippe, Masern, Erkrankungen der Atemwege, Hautinfektionen sowie Magen- und Darmerkrankungen.

Die **HIV-Prävalenz** an der Gesamtbevölkerung wird mit dem Durchschnittswert von 3 % angegeben (bzw. 2,6% vom Anteil der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 49 Jahren); sie liegt bei der städtischen Bevölkerung höher als in ländlichen Gebieten.

Musik, Literatur und Kunst



*Traditioneller Paartanz,
dargestellt vom Nationalballett
© ORTPN*

Zu den traditionellen Kunstformen in Ruanda gehören **Musik, Tanz und Poesie** in der einheimischen Sprache Kinyarwanda. Sie sind integraler Bestandteil der ruandischen Gesellschaft bei Zeremonien, Festivals sowie unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenkünften. Auch hier verlieren **traditionelle Kunstformen** zu Gunsten von zeitgenössischen Einflüssen zunehmend an Bedeutung. Während der Tanz traditionell bei allen Anlässen spontan und von Emotionen geleitet von allen ausgeführt wurde, wird heute **traditioneller Tanz**, begleitet von Gesang, Klatschen, Trommeln und Schellen, bei Familienfeiern und feierlichen offiziellen Anlässen von Tanzgruppen vorgeführt.

Regionale Besonderheiten sowie traditionelle gesellschaftliche Prägungen (populär oder königlich bzw. mit Einflüssen von Ackerbauern, Jägern oder Rinderhirten) bieten eine gute Diversität der Darbietungen. Zu den häufig vorgeführten Choreographien zählen diverse **Musik- und Tanzdarbietungen**. Diese bestehen u.a. aus dem **Umushagiro**, einem von Frauen vorgeführten langsamen eleganten Tanz, welcher traditionell von einem Lobgesang auf Kühe begleitet wird. Wichtige Bestandteile einer traditionellen kulturellen Vorführung sind außerdem Volkstänze, bestehend aus hochkomplexen **Tanzchoreographien** wie dem schnelleren, von Männern vorgeführten **Ikinimba**, welcher Themen des Alltags darstellt sowie aus diversen harmonischen rhythmischen Paartänzen. Den **Höhepunkt** der Choreographien stellt der temperamentvolle Männertanz der Krieger "**Intore**" sowie das unverwechselbare, ebenfalls traditionell von Männer-Ensembles durchgeführte Trommel-Spektakel (Ingoma) dar.

Die ruandische Popmusik verbindet gerne traditionelle mit modernen Musikelementen. Bedeutende Vertreter dieser Musikrichtung, wie beispielsweise **Cecile Kayirebwa**, **Muyango** oder **Masamba**, weisen langjährige erfolgreiche Karrieren auf. Außerhalb der eigenen Diaspora sind diese jedoch wenig bekannt. Dieselbe Musikrichtung erfreut sich **vielversprechender Talente**, unter denen **Jules Sentore**, sowie die in Schweden ansässige Künstlerin **Diane Teta** eine prominente Rolle spielen.

Der in **Februar 2020 verstorbene** populärer Musiker Kizito Mihigo, kam aus dem Bereich der Kirchenmusik. Er war einer der wenigen

professionellen ruandischen Künstler mit entsprechender akademischer Ausbildung. Bekannt ist er auch u.a. aus seiner Beteiligung am Arrangement der ruandischen Nationalhymne.

Gospel ist in Ruanda eine weitere beliebte Musikrichtung. Dabei verfügt jede Kirchen- und Schulgemeinde über einen eigenen Chor. Einige wenige Chöre wie **Ambassadors of Christ** haben es geschafft sich landesweit, und teilweise sogar über die Landesgrenzen hinaus, einen Namen zu machen.

Eine bedeutende dynamische Popmusikszene, welche die modernen amerikanischen bzw. Welt-Popstars als Vorbilder hat, schafft es auf nationaler Ebene mit ihrem Talent und Kreativität ein großes und meist jüngeres Publikum zu begeistern. Zu dieser, sich schnell verändernde Szene, zählen u.a. James Ruhumuriza alias **King James**, Butera Jean d'Arc alias **Knowless**, sowie der letzte Gewinner des bedeutendsten Musikshow-Nationalwettbewerbs **Guma Guma Super Star** (PGGSS), **Bruce Melodie**. Über die Landesgrenze hinaus tätig sind u.a. die in den USA ansässigen Popstars **Meddy** und **The Ben**.

Ferner genießt "**Afrobeat**" hohe Beliebtheit. Zu den bekanntesten Verfechtern dieser Musikrichtung zählt das Trio **Urban Boys**. Durch **Koproduktionen** in Zusammenarbeit mit renommierten Musikern wie dem nigerianischen Popstar **Timaya** oder dessen Landsmann **Iyanya** schaffen sie es, einen erheblichen Anteil des jungen Publikums zu begeistern.

Der wohl bekannteste Schriftsteller Ruandas ist das 1981 verstorbene Multitalent **Alexis Kagame**. Als Historiker, Ethnologe, Dichter und Philosoph hat er den Ruandern in vieler Hinsicht eine lange Liste wertvoller Werke hinterlassen. Seine literarische Umsetzung der mündlichen Überlieferungen der Geschichte bleibt eines der wichtigsten Schriftwerke Ruandas. Auch seine wissenschaftliche Analyse in "La Philosophie Bantu rwandaise de l'être" über Religion, Kultur und Weltanschauung der alten Ruander ist von unschätzbarem Wert.



Handgeflochtene Körbe als landestypische Kunsthandwerke
© ORTPN

Theater und bildende Künste sind traditionell weniger ausgeprägt. An Kunsthandwerk sind zum Teil sehr fein ausgearbeitete Flechtarbeiten typisch. Eine bedeutende Sammlung dazu bietet unter anderem das Nationalmuseum in Butare an. In jüngerer Zeit werden auch Werke von Malern verbreitet.

Religion



Die Bevölkerung Ruandas ist mehrheitlich katholisch. Sonntagsgottesdienste sind gut besucht © C.

Eine **Religionszugehörigkeit** ist quasi-universell in Ruanda. **Religionsfreiheit** ist grundsätzlich garantiert. Schon seit der deutschen, vor allem aber seit der belgischen Kolonisation nach dem Ersten Weltkrieg, wurde das Land systematisch christlich missioniert. Erste Missionare gehörten der Kongregation "**Afrikamissionare Weisse Väter**" an, was zu einer Dominanz des in Belgien vorherrschenden **Katholizismus** führte, dem kurz vor dem Völkermord (1994) etwa zwei Drittel der Bevölkerung angehörten. Wegen ihrer **umstrittenen Rolle** während des Völkermordes wird die römisch-katholische Kirche bis heute kritisiert. Angefangen vom damaligen Erzbischof von Kigali, dessen Kreditibilität durch seinen politischen Engagement als Mitglied des Zentralkomitees der Regierungspartei MRND, untergraben wurde, bis hin zu Geistlichen die sich in zahlreichen Fälle von Gräueltaten **schuldig gemacht** haben. Während viele Menschen Kirchen als Zufluchtsorte aufsuchten, hat die Institution nichts unternommen um sie zu beschützen. Stattdessen wurden hunderte von Opfern in Gotteshäusern ermordet. Dabei waren Priester und Kirchenverantwortliche in unterschiedlichem Ausmaß, passiv oder aktiv beteiligt. Zu Anhängern der katholischen Kirche werden heute nur noch ca. 45 % der Bevölkerung gezählt. Evangelische Glaubensgemeinschaften sind mit rund 35 % durch verschiedene Kirchen wie Presbyterianer, Methodisten und Baptisten vertreten. Zu den weiteren christlichen Gemeinschaften zählen Adventisten mit ca. 10 %, sowie ein bescheidener Anteil an Anglikanern. Zum **Islam** bekennen sich ca. 5 % der Ruander*innen, hauptsächlich aus städtischer Bevölkerung. Aufgrund seines vorbildlichen solidarischen **Verhaltens während des Genozids** genießt der **Islam** mehr Ansehen in der Gesellschaft als vor 1994. Dem ursprünglichen religiösen Kult gehören heute weniger als 1 % der Bevölkerung an.



Zusammenkünfte von Gläubigen einer Freikirche finden auch in improvisierten Hallen statt © J. Nshimyumukiza



*Lokale Ordensgemeinschaft in Ruhango - Rwanda
Foto: J. Nshimyumukiza, 2014*



Zusammenkünfte von Gläubigen einer Freikirche finden auch in improvisierten Hallen statt © J. Nshimyumukiza



*Lokale Ordensgemeinschaft in Ruhango - Rwanda
Foto: J. Nshimyumukiza, 2014*

Auch charismatische Gruppen und neue Freikirchen (Wiedergeborene Christen und Erweckungskirchen) konnten sich, wie in anderen afrikanischen Staaten- seit der Zeit um das Jahr 2000 - **schnell ausbreiten**. Die "**Restoration Church**" konnte beispielsweise mehr als 3000 Anhänger innerhalb der zehn ersten Jahre ihrer Existenz bekehren. Zu "**Zion Temple**", eine der bekanntesten lokalen Freikirchen, zählen - nach eigenen Angaben - mehr als 7000 Anhänger in Ruanda. Deren charismatischer Anführer **Paul Gitwaza** schaffte es inzwischen sogar Anhänger außerhalb des Landes zu gewinnen. Zu den medienwirksamsten charismatischen Predigern zählt **Bischof Innocent Rugagi**. Ihm und weiteren Predigern wird immer wieder mal vorgeworfen, die emotionale Vulnerabilität ihrer Anhänger auszunutzen und sie finanziell auszubeuten. Aus diesem **Grund**, sowie mit dem **Vorwurf** daß zahlreiche Gebetsorte hygienische u. sicherheitsrelevante Mindestanforderungen nicht erfüllen und außerdem wegen Verstöße gegen die öffentliche Ruhestörung, haben Sicherheitsbehörde, Anfang 2018 **eingegriffen**. Hunderte von Gebetsorte (700 allein in Kigali, rund 6000 landesweit) wurden dabei **geschlossen** u. in einigen Fälle die entsprechenden Verantwortlichen verhaftet. Ein neue -im selben 2018- erfolgte Gesetzgebung hat strengere Auflagen zur Regulierung religiöser Institutionen herausgegeben.

Ursprünglich herrschte **der Ahnenkult**. Es handelt sich dabei um eine monotheistische Religion mit einem Schöpfergott - Imana - und einer großen Persönlichkeit - Ryangombe-, der, ähnlich wie beim

Christentum, irdischer Repräsentant Gottes war und die Mittlerrolle übernahm. Wegen dieser Analogie waren die Ruander verhältnismäßig leicht für den christlichen Glauben zu gewinnen. Heute tritt der traditionelle Ahnenkult öffentlich kaum mehr in Erscheinung.

Alltag & Praktische Informationen

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im August 2020 aktualisiert.)

Durch einen strengeren Polizeieinsatz hat die städtische Verwaltung eine für regionale Verhältnisse bemerkenswerte Ordnung im Bereich der Sicherheit, dem Verkehr und der Hygiene durchgesetzt. Die Nutzung von Plastiktüten ist verboten, Motorrad-Taxi-Fahrer tragen konsequent den vorgeschriebenen Helm und eine Sicherheitsweste.



Fleischtheke beim deutschen Metzger in Kigali, Foto: J. Nshimyumukiza

Währung

Ruanda Franc (RWF)

Wechselkurs

1159 RWF pro € (Dezember 2020)

Zeitzone

MEZ + 1

Landesvorwahl (Telefon)

+250

Klima (für Hauptstadt)

Äquatoriales Hochlandklima

Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen

Seit 2014 unterliegen deutsche Staatsangehörige der Visumpflicht. Zuvor benötigten deutsche Bürger für touristische Zwecke kein Einreisevisum. Als Begründung dieses Beschlusses wurde seitens Ruandas das Reziprozitätsprinzip angeführt. Demzufolge besteht die Visumpflicht für Staatsbürger aller Länder, in den ruandische Staatsbürger ähnlich der Visumpflicht unterliegen.

Im Rahmen einer allgemeinen Öffnungspolitik wurde im Jahr 2014 eine Reform der **Einreisebestimmungen** beschlossen. Kern der Reform war die Erleichterung der Einreisebedingungen insbesondere für afrikanische Staatsbürger, mit Hinblick auf Förderung des Austauschs innerhalb der afrikanischen Länder.

Seit Ende 2017 gelten für Staatsbürger aller Länder **neue erleichterte Einreisebestimmungen** in

Ruanda. Seitdem werden generell Einreisevisa vor Ort am Flughafen bzw. an der Grenze, mit minimalen Formalitäten erteilt. Neben der Möglichkeit das Visum bei Einreise am Flughafen zu erhalten, kann es auch vorab bei den Botschaften beantragt werden. Der Antrag kann auch auf elektronischem Wege erfolgen. Die **Gebühr** für ein dreimonatiges Touristenvisum beträgt 30 US-Dollar bei einer einmaligen bzw. 50 US-Dollar mit der Möglichkeit mehrmaliger Einreisen. Ferner besteht seit Ende 2014 die Möglichkeit, für 100 US-Dollar das "**East African Single Visa**" zu beantragen. Dieses neue Gemeinschaftsvisum erlaubt - angefangen beim jeweiligen Ausstellungsland - die Einreise in die Länder Ruanda, Uganda und Kenia. Die Initiative soll ein grenzübergreifendes Reisen erleichtern und **den Tourismus** innerhalb der ostafrikanischen Staatengemeinschaft fördern. Es wird erwartet, dass sich die restlichen zwei EAC-Mitgliedsländer (Burundi und Tansania) ebenfalls der Initiative anschließen. Für den Visumantrag wird grundsätzlich ein noch mindestens sechs Monate gültiger Reisepass benötigt. Kinder brauchen einen Kinderreisepass.

Weitere **Hinweise zu Einreisebestimmungen** und Sicherheitshinweise sind z.B. auf der Homepage des Auswärtigen Amtes nachzulesen. Dort gibt es auch wichtige Adressen bzw. Telefon-/Faxnummern der **deutschen** bzw. **ruandischen Vertretungen**.

Sicherheitsinformationen

Die allgemeine **Kriminalitätsrate** in Ruanda wird als vergleichsweise gering eingestuft.

Auch wenn die letzten alarmierenden Vorfälle in der Hauptstadt einige Jahren zurückliegen, ist erhöhte Polizeipräsenz zu beobachten. Im Jahr 2010 hat es, im Zuge der damaligen Präsidentschaftswahlen, in der Hauptstadt mehrere **Granatanschläge**, zum Teil mit Todesfolge, gegeben. Auch später kam es zu **vereinzelt** Anschlägen. Als Ziele der Angriffe wurden damals belebte Orte der Stadt wie Bushaltestellen und Marktstände ausgewählt. Die Regierung machte vor allem die aus dem Osten der Demokratischen Republik Kongo agierende Hutu-Miliz FDLR dafür verantwortlich. Als Reaktion darauf gab es landesweit, insbesondere in städtischen Bereichen in den Abendstunden, konsequent erhöhte Polizei- und Militärpräsenz, eine Situation die bis heute andauert. Bewaffnete Sicherheitskräfte halten sich bis spät in die Nacht an relevanten Verkehrsknotenpunkten und Orten mit größeren Menschenansammlungen auf. Die dabei eingenommene passive und beobachtende Haltung weist aber eher auf eine präventive Maßnahme als auf die Abwehr einer konkreten Gefahr hin.

Im Juni und Dezember 2018 haben im Nyamagabe Distrikt bzw. im Bereich des Nyungwe-Nationalparks im Südwesten des Landes, bewaffnete Gruppen Anschläge auf ein Dorf bzw. auf einen Minibus ausgeübt, wobei zwei Zivilisten ums Leben gekommen sind. Die Angreifer wurden der in den Nachbarländern operierenden Rebellengruppierung "**The National Liberation Front (FLN)**" zugeordnet. Seitdem ist eine erhöhte Militärpräsenz in der Region, insbesondere innerhalb des Nyungwe Nationalparks, zu beobachten. Bedingt durch die seit 2015 andauernde instabile Sicherheitslage im südlichen Nachbarland Burundi, bietet sich die südliche Landesgrenze als mögliche Schlupfmöglichkeit für **potenzielle Angreifer** an, die von außen versuchen das Land zu destabilisieren.

Für weitere allgemeine **Reise- und Sicherheitsinformationen** empfiehlt sich das Internetportal des Auswärtigen Amtes.

Wohnen und Versorgung

Wohnen in der Hauptstadt und anderswo

Angenehme klimatische Bedingungen, attraktiver Naturraum sowie eine niedrige Kriminalitätsrate, ein sauber gehaltenes Umfeld, Ordnung und eine im Regionalvergleich gut funktionierende Infrastruktur sind einige der **Besonderheiten**, die in Ruanda für eine adäquate Lebensqualität sorgen. **Leben und arbeiten in Ruanda** bieten zusätzlich die Gelegenheit, vor dem Hintergrund der besonderen Geschichte des Landes, Teil einer sich außergewöhnlich schnell transformierenden Gesellschaft zu sein.

Kigali, die Hauptstadt Ruandas, ist auf mehreren Hügeln gebaut. Der Stadtkern befindet sich auf dem "Plateau" des Haupthügels "Nyarugenge". Dort haben die wichtigsten Einrichtungen für den Dienstleistungssektor ihren Sitz. Am Hang des gleichen Hügels liegt ebenfalls "**Kiyovu**", das von ausländischen Staatsangehörigen bevorzugte Wohnviertel der Stadt. Dort, in dem ruhigen grünen Villenviertel, von der Außenwelt häufig durch hohe Mauern und Wachpersonal abgeschirmt, wohnen und arbeiten Angehörige ausländischer Vertretungen, Entwicklungshelfer sowie ein Teil der besser verdienenden ruandischen Oberschicht. Die dafür verlangten Mietpreise sind überdurchschnittlich hoch und werden in den meisten Fällen über die jeweiligen Arbeitsverträge geregelt. Manchmal sind solche Mietpreise nicht gerechtfertigt, denn Kiyovu ist auch ältestes Wohnviertel Kigalis und einige Gebäude befinden sich in entsprechend schlechtem Zustand.

Derzeit erfährt Kiyovu als Folge einer Regierungsverfügung eine massive **Modernisierungsdynamik**. Eigentümer werden aufgefordert ihre alten Häuser dem neu erstellten „Masterplan“ der Hauptstadt anzupassen. Dies bedeutet in der Regel einen Abriss bestehender alter Bungalows zu Gunsten von kostenintensiven mehrstöckigen Neubauten.



Neubaugebiete in Kigali
Beide Fotos © Nshimyumukiza



Neubaugebiete in Kigali
Beide Fotos © Nshimyumukiza



Die anhaltende Wiederaufbauphase hat einen Bauboom zur Folge. Dementsprechend ist eine sich schnell verändernde Stadt Kigali zu beobachten. Die Stadt hat sich innerhalb der letzten zehn Jahre flächenmäßig verdoppelt. Neue Villenviertel, moderne Wohnsiedlungen, hohe Bürokomplexe und Einkaufszentren sind entstanden. Auch auf der öffentlichen infrastrukturellen Ebene hat die Stadtverwaltung einige Erfolge zu verzeichnen. So wurden die meisten Hauptstraßenverbindungen innerhalb der Hauptstadt asphaltiert bzw. instand gesetzt. Durch einen strengeren Polizeieinsatz hat die städtische Verwaltung eine für regionale Verhältnisse bemerkenswerte Ordnung im Bereich der Sicherheit, dem Verkehr und der Hygiene durchgesetzt (beispielsweise tragen Moped-Taxi-Fahrer konsequent den vorgeschriebenen Helm und eine Sicherheitsweste, auch Fahrgäste müssen einen Helm tragen).



Wasserspeicher auf dem Dach, kein ästhetischer Anblick aber nützlich im Alltag © J. Nshimyumukiza

Das Angebot auf dem Wohnungsmarkt wird immer vielfältiger. Einen einschränkenden Faktor stellt jedoch die Energie- und Wasserversorgung dar. Die verfügbare Menge von Strom und Wasser ist der Nachfrage bereits weit unterlegen. Strom und Wasser wird hin und wieder in unregelmäßigen Zeitabständen abgeschaltet. Der Mangel gilt zwar landesweit, bestimmte Wohnorte und Stadtteile stehen jedoch in der Versorgung auf der Prioritätenliste weit vorne, andere nicht. Lösungen bestehen aus hauseigenen Notstromaggregaten und Wasserspeichern.

Die ganz große Mehrheit der Stadtbevölkerung lebt in ärmeren Verhältnissen in Randzonen der Stadt. Dort gibt es in den selbst gebauten Hütten kein fließendes Wasser und als Toilette muss ein Loch im Boden ausgegraben werden. Es gibt aber in allen Wohnvierteln eine Minderheit durchaus sehr wohlhabender Bevölkerungsschichten. Die Entstehung einer Mittelschicht ist zu beobachten, der Unterschied zwischen arm und reich bleibt jedoch sehr groß.

Auf dem Lande leben die Menschen in Streusiedlungen in einfachen Verhältnissen. Dort fehlen in der Regel sowohl Wasserleitungen als auch Strom. Elektrisches Licht gibt es nur in den Handelszentren an Hauptstraßenverbindungen, an Missionsstationen und an den Verwaltungssitzen der Distrikte.

Mit Kindern in Ruanda

Die ruandische Gesellschaft ist besonders kinderreich und auch sehr kinderlieb. Besonders kleine Kinder werden häufig von Fremden angelächelt und angesprochen. Für Eltern ergeben sich dadurch leicht informelle Kontaktmöglichkeiten.

Insbesondere in den oberen Gesellschaftsschichten ist die Tendenz zu beobachten, dass Kindern von den eigenen Eltern wenig Zeit entgegen gebracht wird. Deren Betreuung wird vielmehr dem Hauspersonal anvertraut. Vor allem im städtischen Bereich halten sich demzufolge Kinder häufig zu Hause auf. Zu Bildungseinrichtungen werden sie entweder gefahren bzw. mit Schulbussen transportiert. Auf den Straßen sind sie eher selten anzutreffen. Bei privaten Zusammenkünften (Einladungen, Familienbesuch und -festen etc...) werden Kinder dagegen von den Eltern gerne mitgenommen.

Für Mitgliedern der "Expatriate-community" besteht eine überschaubare Auswahl an privat organisierten Kinderkrippen und **Kindergärten**, welche den internationalen Schulen angegliedert sind. Zu den **internationalen Schulen** in Ruanda zählen u.a. die **Green Hills Academy**, die **Ecole Belge de Kigali** (Ebk), die **International School of Kigali (ISKR)** und die **Kigali International Montessori School**.

Einkaufen

In den teuren Supermärkten und Geschäften der Hauptstadt, darunter ein deutscher Metzger bzw. Bäcker, ist fast alles erhältlich, was man zum täglichen Leben braucht. Importierte Waren sind aufgrund der langen Transportwege und der je nach Kategorie eingestuften hohen Einfuhrsteuer überdurchschnittlich teuer. Weine zählen beispielsweise zur Kategorie der Luxuswaren und sind daher für einen Ottonormalverbraucher nicht erschwinglich. Außerhalb der Städte ist die Versorgung mit importierter Ware schwieriger. Auf den Lokalmärkten ist das Angebot an frischen Lebensmitteln groß.



Lebensmittelmarkt in Kigali Remera © C. Nkulikiyinka

Kulinarisches

Kochbananen, Hülsenfrüchte, Süßkartoffeln, Bohnen und Maniok sowie eine große Auswahl an Frischgemüse machen in Ruanda den Großteil der Grundnahrungsmittel aus. Mais spielt vor allem im nordwestlichen Landesteil eine bedeutende Rolle. Zunehmend wird auch Reis angebaut. Rind-, Ziegen- und zunehmend auch Schweinefleisch ist beliebt, wird jedoch - nicht zuletzt aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit - nur zu besonderen Anlässen gegessen. Aus den heimischen Süßwasserseen ist auch Fisch in begrenzter Menge erhältlich, vor allem Tilapia und Tanganyikasardine (auch "Isambaza" genannt). In der Hauptstadt wird das Angebot durch den Nilbarsch bereichert, welcher aus dem benachbarten Viktoriasee (Uganda) importiert wird. Auch eine Reihe an tropischen Früchten wie Banane, Ananas, Papaya, Avocado, Mango und Maracuja werden auf lokalen Märkten angeboten.



Gegrillte Tilapia in einem Lokal am Kivusee, Mai 2014. © Axel Bollmann

Zu den Nationalgerichten zählen z.B. bunte Bohnen und Erbsen in frischem oder getrocknetem Zustand, die entweder mit diversen Gemüsen wie Amarant, Aubergine, Grünkohl, Karotte und Kürbis oder mit Knollenfrüchten wie Maniok zubereitet werden. Ferner ist Kochbanane in Erdnussoße sowie "Isombe" (gestampfte Maniok-Blätter, z.B. mit gewürzter Tomaten- und Fleischsoße zubereitet) beliebt. Dazu werden gedünstete oder frittierte Süßkartoffeln serviert. Vor allem in urbanen Regionen ist "Ubugali" (oder auch "Foufou" genannt) als Beilage verbreitet; dabei handelt es sich um eine breiartige Paste aus Maniokmehl und Wasser, die überregional in Zentral- und Ostafrika bekannt ist.

Traditionell wird das Essen in der ruandischen Gesellschaft im Privatbereich eingenommen. Essen unterwegs oder beispielsweise am Arbeitsplatz gehört nicht zum guten Ton. Dafür werden im Tagesablauf geregelte Mahlzeiten vorgesehen. In städtischen Bereichen bieten zahlreiche Restaurants zur Mittagszeit reichhaltige Buffets zu erschwinglichen Kosten an. Imbisse und andere Formen von Fast-Food sind in Ruanda eine neue Erscheinung und noch nicht weit verbreitet. Im Allgemeinen werden Mahlzeiten als Genussrituale wenig Zeit eingeräumt, noch weniger wird es als Gesprächsthema verstanden. Der Trinkkultur wird dagegen mehr Beachtung geschenkt. Als Nationalgetränk gilt traditionell "Urwagwa", ein dem Likör ähnliches Getränk, welches aus gegorenem Bananensaft besteht sowie "Amarwa", ein selbstgebrautes Sorghumbier.



Café im Stadtteil Kimihurura - Kigali. Foto: J. Nshimyumukiza

Als nicht-alkoholisches Getränk trinken viele Ruander gerne Milch. Tee wird auch überwiegend mit Milch und Zucker getrunken und wird dem Kaffee eindeutig vorgezogen. Kaffee nimmt jedoch an

Bedeutung zu. In der Hauptstadt sind im Laufe der letzten Jahre immer mehr moderne "Coffee-shops" (wie Bourbon Coffee, Shokola, Neo etc.) entstanden. Dort erhält man ruandischen Spitzenkaffee serviert und z.B. auch frische Früchte-Smoothies.

In den gängigen Lokalen (Bars), aber auch bei diversen geselligen Zusammenkünften, wird überwiegend lokales Bier getrunken. Dazu werden - als Snack - vorzugsweise Spieße (auch "Brochette" genannt) aus gegrilltem Ziegenfleisch und Gemüse gereicht. Bei besonderen Anlässen werden z.B. knusprig gegrillter ganzer Fisch oder Hähnchen mit gegrillter Kochbanane oder Pommes frites sowie Tomatensalat serviert.

Für die wohlhabende Gesellschaftsschicht sowie für die "Expatriate-Community" der Hauptstadt Kigali bietet eine Vielzahl von **Lokalen und Restaurants** eine Auswahl hochwertiger internationaler Speisen an, darunter aus der indischen, chinesischen und anderen asiatischen, italienischen und äthiopischen Küche.

Landeswährung

Die ruandische **Landeswährung** Ruanda-Franc (RWF) erfreut sich einer relativen Stabilität. Der **Wechselkurs** basiert auf täglichen US-Dollar Raten. 1 US-Dollar = 968 RWF, 1 Euro = 1159 RWF (Stand: Dezember 2020). Kreditkarten werden in Banken und größeren Hotels und Geschäfte der Hauptstadt und wenigen weiteren größeren Städte angenommen. Geldautomaten sind in der Hauptstadt disponibel, außerhalb der größeren Städte sind sie eher seltener zu finden. Diese sind auch oft nur mit lokalen Geldkarten bedienbar. Die Mitnahme von Devisen in bar kann von Vorteil sein, bessere Wechselraten werden dadurch für Euro und US-Dollar erzielt, Bargeld sollte jedoch nur in Banken, oder in beschilderten Foreign-Exchange-Büros gewechselt werden.

Digitale Finanzdienstleistungen in Zusammenhang mit moderner Informationstechnologie sind in Ruanda an der Tagesordnung. Der Sektor wird politisch und wirtschaftlich vorangetrieben. Eine höhere **finanzielle Inklusion** in der Bevölkerung -als Nebeneffekt- wird dadurch beabsichtigt. Der bargeldlose Zahlungsverkehr verbreitet sich dementsprechend rapide. Für das allgemeine Geldtagesgeschäft, wie z.B. die Begleichung der Strom- bzw. Wasserrechnung, privater Geldtransfer u.a. bieten lokale Mobilfunkanbieter und Banken "**Mobile money-Service**" an, eine unkomplizierte Geldtransfer-Dienstleistung, die über Mobiltelefone zugänglich ist. Ca. 25 % der erwachsenen Nutzer in Ruanda verfügen inzwischen über ein registriertes Mobil-Konto, welches Voraussetzung ist, um diesen Dienst zu nutzen.

Telekommunikation

Die Telekommunikation gehört zu den am schnellsten wachsenden Sektoren der ruandischen Wirtschaft. Internet und Mobiltelefon sind in aller Munde. Dies gilt sowohl für die politische Führung als auch für alle Bevölkerungsschichten. Das Mobilfunknetz ist relativ gut ausgebaut, in allen Städten Ruandas kann man mit dem Handy telefonieren. Selbst die entfernten Hügel werden vom Mobilfunk abgedeckt. Anbieter sind, neben dem langjährigen Monopolist **MTN Rwandacell**, Millicom International Cellular (MIC) mit seiner bekannten Marke **TIGO** seit 2009 auf dem ruandischen Markt und, seit 2012 als dritter Anbieter, **Airtel**.

Die frühere staatliche Monopol-Telefongesellschaft **Rwandatel** wurde bereits privatisiert. Das

erste Nachfolgunternehmen Terracom hatte angefangen ein zweites Funknetz aufzubauen. Schließlich kam es aufgrund der nicht erfüllten Erwartungen zum **Scheitern** des Privatisierungsvorhabens. Im zweiten Anlauf übernahm Ende 2007 der frühere Investor LAP Green Networks aus Libyen 80 % der Anteile am damals noch einzigen Telekommunikationsunternehmen und sagte Investitionen von 100 Mio. US\$ für den Betriebsstart zu. Ein reibungsloser Betrieb kam nie zustande, so wurde im April 2011 dem Investor durch die nationale Regulierungsbehörde **RURA** seine Lizenz entzogen. Der vermutete Zusammenhang mit dem zeitgleich erfolgten Untergang des Gaddafi-Regimes in Libyen wurde aus Ruanda dementiert. Seit Anfang 2012 befinden sich der ehemalige Rwandatel-Nachlass im Besitz des bereits erwähnten neuen Marktzugangs Airtel.

In der Hauptstadt sowie in den wichtigsten Großstädten besteht die Möglichkeit über einen Breitband-Telefon- und Internetanschluss mit zumutbaren Bereitstellungsfristen, zu verfügen. Internetzugang bekommt man außerdem in den vorhandenen zahlreichen Internetcafés. **Die Zahl der Internetnutzer** steigt seit ein paar Jahren zügig. Die zuständige o.g. Nationalbehörde RURA geht von rund 6 Mio. fast ausschließlich städtischen Internetnutzern aus, was einem Bevölkerungsanteil von ca. 47 % entspricht. Vergleichsdaten von der Weltbank zeigen jedoch einen bestehenden Aufholbedarf insbesondere gegenüber dem Spitzenreiter der Region Kenia.

Auf dem Land bleibt die **hochgelobte ICT-Politik** der Regierung zunächst noch ein Traum. Mit der Fertigstellung der Verlegung eines 2.300 km langen Glasfasernetzkabels im Jahr 2011 wurde eine wichtige Zukunftsinvestition im ICT-Bereich getätigt. Auch die neueste Technologie (4G LTE) wurde Anfang November 2014 in der Hauptstadt Kigali offiziell **eingeführt**. Inzwischen hat der 4G-Internetzugang 95% des Landes erreicht. Dabei handelt es sich lediglich um die Bereitstellung der Basisinfrastruktur welche in Kooperation mit der koreanischen Telefongesellschaft **KTRN**. Für die Vermarktung der entsprechenden Dienstleistungen an Endkunden sind **lokale Telekommunikationsgesellschaften** zuständig. Jedoch ist nur ein Bruchteil der privaten Kunden in der Lage sich 4G-Dienstleistungen erlauben zu können.

Gesund bleiben

Vor einer Reise nach Ruanda ist eine rechtzeitige qualifizierte reisemedizinische Beratung dringend zu empfehlen. Zu einer entsprechenden Arztsuche bietet sich u.a. der Deutsche Gesellschaft für Tropenmedizin und Globale Gesundheit e.V. (**DTG**) an. Weitere Hinweise bieten z.B. der **Reisemedizinische Infoservice** und die **medizinischen Hinweise des Auswärtigen Amtes**. Impfungen und Präventionen, die zum Teil längere Wirkungsdauer erfordern, werden in der Regel empfohlen. Die basismedizinische Versorgung in Ruanda ist durch ein zwar nicht dichtes aber **flächendeckendes Netzwerk** an staatlichen Gesundheitszentren, Distrikt- und Referenz-Krankenhäusern gewährleistet. In den Städten besteht zusätzlich ein wachsendes **Angebot an privaten Kliniken**. Häufig auftretende Krankheiten können vor Ort behandelt werden. Die Möglichkeit insbesondere guter fachärztlicher Versorgung ist jedoch eingeschränkt. Bei komplizierteren Erkrankungen, für deren Behandlung hoch qualifiziertes Personal bzw. hochwertige technische Einrichtungen erforderlich sind, besteht die nächste Behandlungsmöglichkeit im eineinhalb Flugstunden entfernten Nairobi, Kenia bzw. im vier Flugstunden entfernten Johannesburg (Südafrika). Mit am häufigsten auftretende Krankheitsbilder sind Durchfallerkrankungen, verursacht durch Amöben, Würmer oder Bakterien bzw. Viren, Erkrankungen der Atemwege und Hepatitis. Auch wenn Malaria-Fälle **erheblich zurückgegangen** sind, wird Schutz vor Mückenstichen weiterhin dringend empfohlen. Dazu sind Moskitonetze, etc. hilfreich. Eine Vorbeugung mit Medikamenten sollte nach Beratung durch erfahrene Tropenmediziner erfolgen. AIDS, Geschlechtskrankheiten und Tuberkulose sind ebenfalls zu beachten. Der Nachweis einer Gelbfieber-Impfung, welcher lange Zeit am Flughafen bei der Einreise in Ruanda Pflicht war, wurde mittlerweile u.a. für Einreisende aus Europa aufgehoben, bei Einreisen aus einem Gelbfiebergebiet besteht er weiterhin.

Touristische Informationen

Akagera-Nationalpark



Antilopen im Akagera Nationalpark © Goebel/LMZ Koblenz

Das Landschaftsbild des **Akagera-Nationalparks** in der trockenen Savannenregion Ost-Ruandas wird von niedrigen Hügeln und weitläufigen Mulden bestimmt. Typische Vegetationsformen sind Gras-, Strauch- und Buschsavanne, in denen die Akazienbäume dominieren.

Vor dem Bürgerkrieg rechnete man den Park dank seines ehemaligen Wildreichtums zu den schönsten Tierparks Afrikas. Große Bestände gab es z. B. bei Nilpferden, Antilopen, Zebras und Büffeln. In geringerer Zahl konnte man Löwen, Elefanten, Nashörner und Giraffen beobachten.

Die Lebensräume dieser Tiere sind **inzwischen stark bedroht**. Ende des Bürgerkrieges 1994 siedelten sich viele aus dem Exil zurückkehrende Ruander im Nordteil des Parks an. Wandernde Viehherden und landwirtschaftliche Ansiedlungen haben sich zunehmend in das Parkgelände vorgeschoben. Nur ein kleiner Teil des Parks wird noch streng geschützt.

Nyungwe-Nebelwald



Nyungwe Nebelwald im Südwesten Ruandas, Foto: ORTPN

Auf der Randschwelle des Zentralafrikanischen Grabens haben sich die Reste eines ehemaligen ausgedehnten Berg-Nebelwaldes erhalten. **Der ökologische Wert** dieses Waldes zeigt sich zum einen durch die reichhaltige Zahl der **Pflanzenarten**, zum anderen ist dieser Wald ein lebenswichtiges Wasserreservoir des Landes. Auch die Tierwelt zeigt eine große Artenvielfalt bei Vögeln, Amphibien, Reptilien und Säugern (Schimpansen, Stachelschweine u. a.).

Volcanoes National Park



Gorilla mit Baby im Virunga Nationalpark Foto: ORTPN

In der **Region der Virunga-Vulkane** im Grenzgebiet von Ruanda, der Demokratischen Republik Kongo und Uganda leben in den dichten Nebelwäldern in Höhenlagen zwischen 2.000 und 4.000 Metern etwas mehr als 600 Berggorillas. Einige der Vulkane bilden die heutige Nordgrenze von Ruanda und stehen als Teil des Nationalparks unter strengem Schutz. Sie sind am Rande des Zentralafrikanischen Grabenbruchs und teilweise noch heute aktiv.

Nach dem Bürgerkrieg sind die von Berggorillas bewohnten Gebiete wieder zugänglich und abgesichert. Es werden ein- bis zweitägige **Touren** zu den an Besucher gewöhnten Gorillagruppen angeboten. Maximal sind acht Besucher pro Tag und Gorillagruppe zugelassen. Die Beschränkung der Besucherzahlen sowie **WWF-Projekte** sollen dazu beitragen, das Überleben der Berggorillas zu sichern.

Reisen, Transport und Verkehr



Taxi-Motorradfahrer in Huye warten darauf, Passagiere zu befördern Foto:J. Nshimyumukiza

Im ländlichen Raum Ruandas werden kürzere Entfernungen grundsätzlich zu Fuß zurückgelegt. Zu transportierende Waren werden dann zumeist in Körben auf dem Kopf, in Taschen und auf Fahrrädern untergebracht.

Größere Strecken zwischen den Streusiedlungen und den lokalen bzw. städtischen Märkten werden mit Hilfe von Kleinlastwagen (oder Pick-ups) zurückgelegt. Ein weiteres **Transportmittel** sind Minibusse, die zwar voll besetzt werden, jedoch nicht überfüllt sind. Diese Sammeltaxis transportieren Menschen und Waren über asphaltierte aber auch holprige oder rutschige Pisten. Fahrpläne und Haltestellen gibt es eher selten; in der Regel fahren die Busse erst, wenn sie voll sind. Regelmäßig verkehrende Mini- bzw. Linienbusse existieren als Verbindung zwischen Kigali und anderen größeren Provinzstädten. Auch in die Nachbarstaaten, nach Kampala (Uganda) und Bujumbura (Burundi), bestehen Reisebusverbindungen.

In den Städten warten kleine **Motorräder** an jeder Ecke, um Passagiere quer durch alle Stadtteile zu befördern. Diese sind, insbesondere bei den Hauptverkehrszeiten, vor allem in Kigali, das **zügigste Verkehrsmittel**. Eisenbahnverbindungen gibt es in Ruanda nicht.

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat auch eine signifikante Zunahme des Verkehrsaufkommens zur Folge. Die früher nur in Ausnahmefällen auftretenden Verkehrsstaus und -stockungen gehören heute zur Hauptverkehrszeit zum alltäglichen Stadtbild. Außerhalb der Rushhour halten sich Verkehrsstaus noch in Grenzen. Zur Erhöhung der **Verkehrssicherheit** setzt der Staat auf eine strenge Verkehrspolizei. Einsatzkräfte stehen in kurzen Abständen auf den Straßen und führen häufige Geschwindigkeits- und allgemeine Verkehrskontrollen durch. Verfehlungen werden dabei konsequent geahndet.

BMZ: Zusammenarbeit mit Ruanda



Menschen auf einer Straße in Huye, Ruanda © Thomas Imo/photothek.net

[Länderdarstellung](#) des BMZ mit entwicklungspolitischen Daten sowie einem Überblick zur aktuellen Situation und Zusammenarbeit.

Die GIZ in Ruanda



Informationen über die Struktur und die Arbeit der [GIZ in Ruanda](#)

Trainingsangebote der Akademie

Die [Akademie der GIZ](#) gestaltet Lernangebote für die internationale Zusammenarbeit. Wir führen mehr als 2000 Fort- und Weiterbildungen durch und entwickeln innovative, wirksame und nachhaltige Lernkonzepte. Und das weltweit.

> Angebote aus dem [Weiterbildungskatalog](#)

Bei allen Fragen rund um das Fort- und Weiterbildungsprogramm der Akademie helfen wir Ihnen gerne weiter.

> Wir freuen uns über Ihre [Anfragen!](#)

Kontakt

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Kommentare zu diesem Länderbeitrag oder zum LIPortal insgesamt. Richten Sie Ihre Anfrage an:

Rolf Sackenheim
(Akademie für Internationale Zusammenarbeit)

[Zum Kontaktformular](#)